

Die Industrialisierung Polens am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zwischen Innen- und Wehrpolitik

von
Georg W. Strobel

Sicherlich liegt es außer an der Faszination des Themas auch an der historischen Erfahrung, die die Akteure zwischen den beiden Weltkriegen entbehren mußten (die daher heute so leicht kritisiert werden können), daß die Rüstungsindustrie gern als — gewissermaßen — Mutter aller Dinge im Polen der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre angesehen wird. Auch der bedrohliche Ausbau der Roten Armee und der „schnelle Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht nach Hitlers Machtübernahme [sollen] die polnischen Generalstäbler in höchste Alarmbereitschaft versetzt“ haben, was wiederum Grund für die Entscheidung gewesen sei, die Rüstungsindustrie auszubauen, wozu längerfristige Wirtschafts- und Aufbau- sowie Modernisierungspläne für die Streitkräfte nötig geworden seien. Strategisches Denken und rüstungswirtschaftliche Planung hätten dann zum Aufbau des „Sicherheitsdreiecks“, des Zentralen Industriereviere (Centralny Okręg Przemysłowy = COP), geführt.¹

In solchem Verständnis finden sich Stereotypen, die von beiden Zweigen der polnischen Historiographie, der heimatlichen und der emigrierten, aus sehr vordergründigen politischen Rechtfertigungsanliegen verbreitet werden, gespeist zudem von der historischen Erfahrung aus den Ereignissen des Jahres 1939.

Stellt man aber die Entwicklung der Rüstungsindustrie und des gezielten Industrieaufbaues in die politische Problematik der Republik und bemüht man sich ferner, die Proportionen zwischen der ökonomischen Wirklichkeit, der Planung der ökonomischen Zukunft und den sozialökonomischen Determinanten zu finden, wobei die verschiedenen wirtschaftstheoretischen Orientierungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, dann kommt man doch zu einer beträchtlich anderen, auf alle Fälle aber erheblich differenzierteren Aussage.

I.

Entgegen der suggerierten Meinung sah Polens Staats- und Militärführung bis 1938/39 keine unmittelbare Bedrohung seitens des Dritten Reiches, die allein die weitreichenden (rüstungs-)industrie- und standortpolitischen Beschlüsse gerechtfertigt hätte.² Sicherlich handelt es sich bei

1) Im deutschen Bereich wurden solche Gedankengänge zuletzt während einer Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes im Frühjahr 1974 von Milan Hauner, einem in England tätigen emigrierten tschechischen Historiker, vertreten. Vgl. M. Hauner: Die Rolle der Rüstungsindustrie in Osteuropa und die Verteidigungsanstrengungen Polens bis 1939, in: F. Forstmeier, H.-E. Volkman (Hrsg.): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 331—363, hier insbes.: S. 345.

2) Piłsudski und führende Kreise im polnischen Außenministerium meinten,

dieser Frage aber um eines der komplizierteren Probleme. Bewußtseinsmäßig muß es natürlich eingelagert werden in die deutschen Revisionsforderungen und in die politischen Implikationen des Zollkrieges.³ Aber auch die Frage des Präventivkrieges gehört hierzu, zu dessen Planung auf deutscher und polnischer Seite jedoch unterschiedliche Einschätzungen vorliegen.⁴ Festzustehen scheint aber trotzdem, daß Mitte der dreißiger Jahre wegen der Wiederaufrüstung nach Hitlers Machtübernahme keineswegs eine „höchste Alarmbereitschaft“ mit gleich welchen Folgen im Generalstab vorgelegen hatte.

daß bei Hitler infolge seiner österreichischen Herkunft keinerlei Haß gegenüber Polen bestehe und er der einzige Staatsmann in Deutschland sei, der eine Übereinkunft mit Polen nicht nur angestrebt, sondern auch zu erreichen gewußt habe. Vgl. J. Beck: *Dernier rapport. Politique polonaise 1926—1939*, Neuchâtel 1951, S. 60 ff.; J. Szembek: *Journal 1933—1939*, Paris 1952, S. 55 f.

3) G. W. Strobel: *Von der Konfrontation zur Kooperation. Probleme der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen 1918—1972*, in: H.-A. Jacobsen, M. Tomala (Hrsg.): *Wie Polen und Deutsche einander sehen. Beiträge aus beiden Ländern*, Düsseldorf 1973, S. 284 f. — Stresemanns Instruktion an Botschafter Stahmer vom 19. April 1926 zeigt deutlich den die deutsche Politik bestimmenden machtpolitischen, revisionsorientierten Einsatz wirtschaftspolitischer Überlegungen (vgl. Wortlaut in: Chr. Höltje: *Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919*, Würzburg 1958, S. 254). Sehr deutlich wurde in diesem Zusammenhang Staatssekretär von Bülow in seinen „ganz geheimen“ Aufzeichnungen zur „außenpolitischen Lage Deutschlands“ vom 13. März 1933 mit der Feststellung, daß „eine Verständigung mit Polen weder möglich noch erwünscht [ist]“. Er fuhr fort: „Ein gewisses Maß deutsch-polnischer Spannung müssen wir erhalten, um die übrige Welt für unsere Revisionsforderungen zu interessieren und um Polen politisch und wirtschaftlich niederzuhalten“ (vgl. Mißtrauische Nachbarn. *Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse*, hrsg. von H.-A. Jacobsen unter Mitwirkung von W. von Bredow, Düsseldorf 1970, S. 91). In den Aktenbeständen des Auswärtigen Amtes, die im Deutschen Zentralarchiv, Potsdam, aufbewahrt werden, befinden sich weitere krasse Beweise für eine solche Konzeption der Weimarer Republik gegenüber Polen. In polnischer Übersetzung werden sie zitiert bei J. Krasuski: *Stosunki polsko-niemieckie 1926—1932 [Die deutsch-polnischen Beziehungen 1926—1932]*, Posen 1964, S. 78 ff. Zum Problem der allgemeinpolitischen Implikationen des Zollkrieges, besonders im Hinblick auf die Sowjetunion, vgl. ferner B. Puchert: *Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925—1934*, Berlin 1963.

4) Zur deutschen Einschätzung vgl. H. Roos: *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1939*, Tübingen 1957, S. 40 ff.; ders.: *Geschichte der polnischen Nation 1916—1960. Von der Staatsgründung im ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart* (Urban Bücher, Bd 49), Stuttgart 1961, S. 129 ff. Die polnische Haltung wird repräsentiert von Krasuski, S. 314; T. Kuźmiński: *Wokół zagadnienia wojny przewencyjnej w 1933 r. [Zum Problem des Präventivkrieges im Jahre 1933]*, in: *Najnowsze dzieje Polski 1918—1939*, Warschau 1960, Bd 3, S. 5 ff. (im folgenden zit.: NDP); neues Licht auf das Problem wirft eine Dokumentenpublikation, die geeignet ist, die Präventivkriegsthese zu stützen: P. Wandycz: *Trzy dokumenty: przyczynek do zagadnienia wojny przewencyjnej [Drei Dokumente: Ein Beitrag zum Problem des Präventivkrieges]*, in: *Zeszyty historyczne*, Paris 1963, Nr. 3, S. 7 ff.

Die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 und das Protokoll zur Beendigung des Zollkrieges vom 7. März 1934 leiteten trotz nach außen hin betonter „Gleichgewichtspolitik“ Piłsudskis oder der Politik eines Dritten Europa seiner Nachfolger eine Phase deutsch-polnischer Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten ein, um so mehr, als ja gegenüber Hitler anfangs keine Befürchtungen vorlagen. Piłsudski war auch nicht der Meinung, daß Deutschland einen Krieg mit Polen anstrebe oder daß es „Feind Nr. 1“ sei, wie einige Offiziere ihm zu suggerieren suchten.⁵ Ein Teil der deutsch-polnischen Zusammenarbeit richtete sich auf die gemeinsame Bekämpfung der von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Aktivitäten und Parteien, damit aber indirekt auch gegen die Sowjetunion, obwohl Polen es ablehnte, offiziell dem Antikomintern-Pakt beizutreten.⁶

Noch im Jahre 1936 beschäftigte sich der polnische Generalstab mit Deutschland nur am Rande. Zu dieser Zeit war eine im März 1936 eingereichte Studie des Generals Kutrzeba vorhanden, die die Kriegsbereitschaft Deutschlands und Polens in ganz allgemeiner Weise gegeneinander abwog⁷ und — obwohl die polnische Spionage über die forcierte militärische Schulung und den Aufbau einer schlagkräftigen Luftwaffe berichtete⁸ — für den Generalstab die Meinung formulierte, die ihn in den folgenden Jahren bestimmen sollte, daß „Deutschland nicht kriegsbereit“ sei und „einen Krieg nicht eröffnen werde“. Die früheste theoretische Kriegsfähigkeit wurde für den Sommer 1940 angenommen, ohne daß damit irgendeine Ansicht über mögliche Kriegsabsichten gegenüber Polen *expressis verbis* formuliert worden wäre.

5) K. Fabrycy: *Komórka specjalna* [Die Sonderstelle], in: *Niepodległość*, London 1955, Nr. 5, S. 217 ff.; Beck, S. 65; Szembek, S. 1 ff.

6) Material über die Zusammenarbeit der Gestapo mit der polnischen politischen Polizei findet sich in deutschen und amerikanischen Archiven (vgl. Antikomintern-Collection, Hoover Institution, Stanford, Calif.; Bestände des Reichssicherheitshauptamtes, insbes. bezüglich der KPP, Bundesarchiv Koblenz). Zum Zusammenwirken der politischen Polizei und sonstiger polnischer Stellen (so auch des in Warschau seit Anfang der dreißiger Jahre bestehenden und Verbindungen zur politischen Polizei besitzenden Wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung des Kommunismus [Instytut Naukowy Badania Komunizmu]) mit den zuständigen deutschen Sicherheitsbehörden sowie der deutschen und der polnischen militärischen Geheimdienste gegen die Sowjetunion machte der ehemalige Leiter der Ostabteilung der II. Abteilung des polnischen Generalstabes und spätere wissenschaftliche Mitarbeiter der Hoover Institution Ryszard Wraga (Niezbrzycki) interessante Angaben während verschiedener Gespräche mit dem Vf. in Stanford in den Jahren 1965, 1966 und 1968, die niedergeschrieben und autorisiert wurden.

7) Vgl. Wortlaut in: *Wojna obronna Polski 1939. Wykaz źródeł* [Der Verteidigungskrieg Polens 1939. Quellen], gesammelt und bearb. von M. Ciepłewicz, T. Jurga, W. Ryżewski, A. Rzepniewski, P. Stawecki, unter Leitung von Eugeniusz J. Kozłowski, Warschau 1968, S. 33 ff.

8) E. Kozłowski: *Wojsko polskie 1936—1939. Próby modernizacji i rozbudowy* [Das polnische Heer 1936—1939. Versuche zu seiner Modernisierung und zu seinem Ausbau], Warschau 1964, S. 21.

Erst im Gefolge der außenpolitischen Zuspitzung um Danzig, nachdem Polen von der nationalsozialistischen Expansionspolitik selber noch am Rande profitiert und das Olsa-Gebiet von der Tschechoslowakei gewonnen hatte, geriet der Generalstab im Februar 1939 in die schon für 1935 suggerierte „höchste Alarmbereitschaft“, die durch die Weisung Hitlers zum „Fall Weiß“ vom 3. April 1939 auch militärisch besonders gerechtfertigt werden sollte. Am 4. März 1939 beschloß der polnische Generalstab, einen operativen „Plan West“ für den Fall eines deutsch-polnischen Krieges in Angriff zu nehmen.⁹ Die Aufnahme der beschleunigt betriebenen Arbeiten war aber auch aus einem weiteren Grunde jetzt erst möglich geworden: nämlich nachdem der Generalstab die Planungen für den Fall eines polnisch-sowjetischen Krieges Ende 1938 abgeschlossen hatte („Plan Ost“). Für den „Plan West“ hoffte man, die beim „Plan Ost“ gewonnenen Erfahrungen nutzen zu können, so daß man mit einer kürzeren Arbeitsdauer rechnete.

Doch auch diese Planungen erfaßten nur Teilbereiche. Von einer geschlossenen Kriegsplanung gegenüber Deutschland kann keine Rede sein. Mitten in seinen Arbeiten wurde der Generalstab vom Kriegsausbruch überrascht. Schon aus diesem Grunde war eine annähernd ausgewogene polnische Konzeption für die Führung eines Krieges mit Deutschland nicht vorhanden, sondern erst der allererste Abschnitt der ohnehin nur Teilbereiche erfassenden Planungen.¹⁰ In noch viel stärkerem Maße gilt dies für die rüstungswirtschaftlichen Planungen, bei denen auch in der militärischen Planung die ökonomischen Momente gemeinhin stärker als die militärischen für die Standortwahl betont wurden.¹¹

Während der vorhergehenden Jahre hatte sich Polen nur auf eine Bedrohung aus dem Osten eingestellt. Man handelte in diesem Sinne völlig folgerichtig, wenn kaum Befestigungen an der westlichen, statt dessen

9) Protokoll der Generalstabsbesprechung Nr. 94 vom 4. 3. 1939, in: *Wojna obronna Polski 1939*, S. 202 ff.

10) T. Rawski, *Zd. Stapor, J. Zamojski: Wojna wyzwolenca narodu polskiego w latach 1939—1945. Węzłowe problemy* [Der Befreiungskrieg des polnischen Volkes in den Jahren 1939—1945. Schlüsselprobleme], Warschau 1963, S. 93 f.; *Polskie Siły Zbrojne w drugiej wojnie światowej. T. 1: Kampania wrześniowa 1939* [Die Polnischen Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges. Band 1: Der Septemberfeldzug 1939], London 1951, S. 278.

11) Bei der Standortplanung von 17 neuen Industriewerken, die als „streng rüstungswirtschaftlich“ bezeichnet wurden, stand bei der Erörterung der Gründe für ihre Lokalisierung im Zentralen Industrieviertel an erster Stelle jeweils das ökonomische Moment: Rohstoffbasis, kostengünstige Produktion, makroökonomische Bedeutung; erst an letzter Stelle wurden militärische Lokalisierungsgründe genannt (vgl. *Uzasadnienie rozmieszczenia w terenie inwestycji dla rozbudowy przemysłu wojennego* [Begründung für die Lokalisierung von Investitionen für die Ausweitung der Rüstungsindustrie], in: *Wojna obronna Polski 1939*, S. 95 ff.). Bei den „Allgemeinen Bedingungen für die Entwicklung der streng rüstungswirtschaftlichen Kriegsindustrie im zentralen Gebiet des Staates“ („Ogólne warunki rozwoju ścisłego przemysłu wojennego w obszarze środkowym Państwa“) wird den militärischen und den ökonomischen Gründen gleiche Bedeutung beigelegt, auch wenn die militärischen vor den ökonomischen genannt werden. Vgl. ebenda, S. 102 ff.

aber starke Befestigungsanlagen, ergänzt durch Feldbefestigungen, in der Tiefe des Raumes an der östlichen Landesgrenze zur Sowjetunion errichtet wurden, wo jedoch wegen der großen Weite des wirtschaftlich für Polen eher unwichtigen Raumes ein solcher Aufwand durchaus fragwürdig hätte scheinen können.¹² Aber auch in der Generalstabsplanung und bei Manövern richtete sich während der dreißiger Jahre alle Arbeit gegen die Sowjetunion. Ende 1938 war dann schließlich der Kriegsplan „Ost“ fertig geworden.¹³

Die Konzeption, daß der polnische Generalstab schon 1935 zur Zeit der etatisierten Industrialisierungsplanung mit ihren rüstungswirtschaftlichen Implikationen durch die Entwicklungen in der Sowjetunion und in Deutschland in „höchste Alarmbereitschaft“ geraten sei und dementsprechend Einfluß auf den Aufbau und auf die Lokalisierung der Rüstungsindustrie genommen habe, muß daher mit allen Konsequenzen in Frage gestellt werden.

II.

1. Als Polen im Jahre 1918 seine Unabhängigkeit erlangte, stellte es keinen einheitlichen Wirtschaftsorganismus dar. Die einzelnen Gebietsteile waren nach den jeweiligen Konzeptionen der Teilungsmächte entwickelt und geordnet worden. Das bedeutete, daß die zentrifugalen, auf die Gravitationszentren der Teilungsmächte ausgerichteten Entwicklungen die Infrastruktur und die soziale Organisation des neuen Staates beeinträchtigten. Das sehr deutliche West-Ost-Erschließungs- und Modernitätsgefälle war Grund für die später üblich gewordene Einteilung Polens in die Bereiche A und B. Die gedachte Grenze verlief ungefähr auf der geographischen Länge von Warschau.

Im B-Teil des Landes, der auf rund drei Vierteln seiner Fläche nahezu geschlossen von Ukrainern, Weißrussen, Litauern oder Juden bewohnt wurde, wobei Polen nur Volksinseln, vor allem in Städten, bildeten, machte die Industrieproduktion einen Anteil von knapp 20 v. H. vom Wert der Industriegesamtproduktion Polens aus.¹⁴ Die Hektarerträge in der hiesigen Landwirtschaft waren bis zu 50 v. H. geringer als im Westteil des Landes¹⁵, wobei die Anteile des Öd- und Unlandes an der Gesamtfläche wegen der hier noch vorhandenen Drei-Felder-Wirtschaft beträcht-

12) J. Kirchmayer: *Kampania wrześniowa* [Der Septemberfeldzug], Warschau 1946, S. 32 f., 69; Maria Turlejska: *Prawdy i fikcje. Wrzesień 1939 — grudzień 1941* [Wahrheiten und Fiktionen. September 1939 — Dezember 1941], 2. Aufl., Warschau 1968, S. 20.

13) Rawski, Stapor, Zamojski, S. 91; St. Feret: *Polska sztuka wojenna 1918—1939* [Die polnische Kriegskunst 1918—1939], Warschau 1972, S. 60.

14) *Rzeczywistość gospodarcza Polski i zamierzenia ku poprawie* [Die wirtschaftliche Wirklichkeit Polens und die Planungen zu ihrer Verbesserung], Warschau 1938, S. 3.

15) Z. Landau, J. Tomaszewski: *Trudna niepodległość. Rozważania o gospodarce Polski 1918—1939* [Die schwierige Unabhängigkeit. Betrachtungen über die Wirtschaft Polens 1918—1939], Warschau 1968, S. 27; Vierteljahreshefte für polnische Landwirtschaft, Jg. 2, Königsberg/Pr. 1930/31, Heft 4, S. 112.

lich höher als im übrigen Land waren.¹⁶ Am gesamtpolnischen Konsum waren die Gebiete nur mit knapp 25 v. H. beteiligt.¹⁷ Die insgesamt desolate wirtschaftliche Situation wurde noch durch eine beträchtliche Arbeitslosigkeit^{17a} verschärft, die bei um 50 v. H. gesunkener Arbeitsproduktivität gegenüber dem Jahre 1913¹⁸ zusammen mit der landwirtschaftlichen Überbevölkerung von schätzungsweise über zwei Millionen Menschen¹⁹ auch Grund zur sozialen Unruhe und Unzufriedenheit gab. Das Übergewicht der agrarischen Produktion bei der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung war erdrückend: noch 1926, also bereits nach der Überwindung der allerersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nach einer beträchtlichen Ankurbelung der industriellen Produktion (wenn 1928 = 100 angesetzt wird, so wurde sie von 1920 = 52,0 auf 1926 = 70,8 beträchtlich gesteigert²⁰), brachte sie 47 v. H. des Volkseinkommens auf, wogegen die Industrie es auf ca. 30 v. H. brachte.²¹

In der desolaten Situation wurde es zum vordringlichen Ziel des Staates, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu bessern, um den zunehmenden sozialen Spannungen zu begegnen und die notwendige Unifizierung des Landes herbeizuführen, die nicht nur einen Ausgleich der ökonomischen und sozialen, sondern auch der administrativen, legislativen und kulturell-zivilisatorischen Unterschiede anstrebe.²² Die Situation

16) O. Schneider: Die Frage der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Polens, Königsberg/Pr. 1933, S. 20.

17) Rzeczywistość gospodarcza Polski i zamierzenia ku poprawie, S. 5.

17a) Eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit waren die Kriegszerstörungen des Produktionsapparates. Genaue Zahlen über die Arbeitslosigkeit sind nicht vorhanden. Sie können nur für das ehemalige russische Teilgebiet angegeben werden. Vgl. zu dieser Problematik Z. Landau, J. Tomaszewski: Robotnicy przemysłowi w Polsce. Materialne warunki bytu 1918—1939 [Die Industrierbeiter in Polen. Die materiellen Lebensbedingungen 1918—1939], Warschau 1971, S. 142 ff.

18) A. Ehlert: Die Industrialisierung Polens zwischen den Weltkriegen unter besonderer Berücksichtigung der neuen Standorte, Rechts- und staatswiss. Diss. der Universität Kiel, Kiel 1954, S. 55 (Manuskript).

19) K. Secomski: Przemiany struktury gospodarczej Polski w okresie pięćdziesięciolecia 1918—1968 [Veränderungen der Wirtschaftsstruktur während des halben Jahrhunderts 1918—1968], in: Droga przez półwiecze. O Polsce lat 1918—1968. Referaty z Sesji Naukowych Polskiej Akademii Nauk i Uniwersytetu Warszawskiego poświęcone 50 rocznicy odzyskania niepodległości [Der Weg durch ein halbes Jahrhundert. Über Polen in den Jahren 1918—1968. Referate der Wissenschaftlichen Tagung der Polnischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Warschau zum 50. Jahrestag der Erlangung der Unabhängigkeit], Warschau 1969, S. 219.

20) Nach Berechnungen von Ehlert, S. 73, Tab. 16.

21) R. Górecki: Polens wirtschaftliche Entwicklung, Warschau 1935, 2. erw. Neuauf., S. 16.

22) Der Ansatzpunkte für eine Unifizierung gab es noch mehr. Sie werden in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung sowie in ihrer politischen Weiterwirkung dargelegt bei A. Jezierski: Niepodległość a rozwój gospodarczy Polski (Spójrzanie z perspektywy pięćdziesięciolecia) [Die Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung Polens (Blick aus der Perspektive eines halben Jahrhunderts)], in: Droga przez półwiecze. O Polsce lat 1918—1968, S. 241 ff.

Polens blieb jedoch schwierig. Die inflationären Belastungen, denen allerdings günstige Begleiterscheinungen makroökonomischer Art nicht abgesprochen werden dürfen, wurden schon bald von einer Industriekrise, die durch den deutsch-polnischen Zollkrieg noch verschärft wurde, abgelöst, so daß erst nach der Mitte der zwanziger Jahre ein fühlbarer wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte, der endlich die tiefergehenden, nicht allein auf dem Verordnungswege zu beseitigenden Unifizierungsprobleme anzupacken erlaubte.

Die Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre brachte einen jährlichen Produktionsanstieg, der als ein bescheidener Anfang einer Industrialisierung bezeichnet werden kann, die aber im wesentlichen Polen A begünstigte. Sie war jedoch auch hier nicht stark genug, weder um die Arbeitskraftreserven von Stadt und Land aufzunehmen, noch um die Grundlage für eine forcierte Industrieentwicklung mit ihrer harmonischen Einbettung in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzugeben. Einer Verdoppelung des Wertes der Industrieproduktion im Jahre 1928 gegenüber 1920 stand zwar eine rund 75prozentige Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen je Hektar Nutzfläche zur Seite, doch war die Belebung vor allem in den besser entwickelten Landesteilen von Polen zu spüren.

In Ostpolen, dem durch Minderheitenspannungen ohnehin verunsicherten Gebiet, kamen zu den sozialen und politischen Schwierigkeiten, die sich angesichts der Belebung in den westlichen Landesteilen und eigener Stagnation spürbar zuspitzten und stellenweise zu partisanenähnlichen Aktionen militanter, linksorientierter und sozialradikaler Kreise führten, noch Schwierigkeiten hinzu, die aus einer besonderen Deutung der einschmelzenden Unifizierungspolitik herrührten. Der sehr dediziert vorgetragene außenpolitische Führungsanspruch Polens und der Polen in Ostmitteleuropa (Föderationspläne Piłsudskis, Baltische Entente, antisowjetische und antikommunistische Prometheus-Bewegung, Intermarium-Pläne²³) betraf indirekt auch die ostpolnischen Minderheiten und wurde auf diese Weise zu einer Belastung für alle Unifizierungsbemühungen. Pazifikationen, die gegen die Ukrainer gerichtet waren²⁴, sollten zwar über die paral-

23) Zu diesem Problemkreis und seiner Rückwirkung auf die innerpolnischen Geschehnisse vgl. M. K. Dziękowski: *Joseph Piłsudski. An European Federalist 1918—1922*, Stanford, Calif. 1969; R. Schlesinger: *Federalism in Central and Eastern Europe*, London 1945; J. Kühl: *Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa*, München 1958; S. Mikulicz: *Prometeizm w polityce II Rzeczypospolitej* [Der Prometheus in der Politik der II. Republik], Warschau 1971; J. Lewandowski: *Federalizm: Litwa i Białoruś w polityce obozu Belwederskiego* [Föderalismus: Litauen und Weißrußland in der Politik des Belvedere-Lagers], Warschau 1962; ders.: *Imperializm słabości* [Der Imperialismus der Schwäche], Warschau 1967.

24) Wł. Póboóg-Malinowski: *Najnowsza historia polityczna Polski* [Die neueste politische Geschichte Polens], Bd 2: 1914—1939, 2. Aufl., London 1967, S. 722 ff.; G. W. Strobel: *The National Question and the Political Systems of Eastern Europe. Analyses*, in: Sylva Sinanian, I. Deak, P. C. Ludz: *Eastern Europe in the 1970s* (The Institute on East Central Europe, Columbia University), New York, Washington, London 1972, S. 178.

le laufende Errichtung von Wehrdörfersiedlungen der Polen eine unifizierende Einschmelzung Ostpolens begünstigen, trafen aber auf Widerstand und Ablehnung, verstand man doch Polens außen- und innenpolitische Bemühungen nicht zu Unrecht als eine Bestrebung, unter den nicht-katholischen Minderheiten auch assimilatorisch und missionarisch zu wirken.

Die mannigfaltigen ökonomischen, sozialen und politischen Schwierigkeiten wurden durch die Auswirkungen der in Polen von einer tiefen Agrarkrise begleiteten allgemeinen Weltwirtschaftskrise überlagert, noch zugespitzt und regional verfestigt, wodurch die Situation im Staate bedrohlichen Spannungen ausgesetzt wurde. Die ganz besondere Schwere, die lange Dauer und die sektorale Breite der „Großen Krise“ in Polen wurden allerdings in einem wesentlichen Ausmaße durch die dann doch nicht bis zur letzten Konsequenz durchgehaltene Wirtschaftspolitik des Staates, eine totale Deflation, die bis in die soziale Deflation ausmündete, mitbewirkt.²⁵

Der krisenbedingte Produktionsrückgang der Industrie zählte zu den größten in der Welt.²⁶ Während der Krisenjahre 1929—1936 ging die Produktionskapazität um rund 10 v. H. bei einem gleichzeitigen Anstieg der Bevölkerung um rund 3 Millionen Menschen zurück, so daß ein auf den Einwohner bezogener Rückgang der Produktionskapazität um rund 15 v. H. eintrat.²⁷ Die große Konzentration in der polnischen Wirtschaft, gleichermaßen im Produktions- wie im geld- und kreditpolitischen Sektor, die während der Krise zunehmende und insgesamt sehr bedeutsame Preiskartellierung²⁸ und der wachsende, zudem beträchtliche Abzug von Auslandskapital angesichts der besonders schweren Krisenauswirkungen, was auch eine Folge der Deflationspolitik war, trugen zu einer weiteren Verschärfung der wirtschafts- und sozialpolitischen Situation bei.²⁹

25) E. Lipiński: Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik in Polen (Kieler Vorträge, Bd 42), Jena 1936; Zenobia K n a k i e w i c z : Deflacja polska 1930—1935 [Die polnische Deflation 1930—1935], Warschau 1967. Der Begriff der „sozialen Deflation“ ist im Sinne der Typisierung von Laufenburger verwendet; vgl. H. Laufenburger: Methoden der Krisenabwehr und der Konjunkturpolitik in Frankreich (Kieler Vorträge, Bd 44), Jena 1936, S. 23.

26) Wird der industrielle Produktionswert 1929 = 100 gesetzt, so fiel er im Tiefpunkt der Krise, also 1932, auf 54 und machte 1935 erst 66 aus (vgl. Mały Rocznik Statystyczny 1936 [Kleines statistisches Jahrbuch 1936], 1936, S. 1). Daß die polnische Industrie ungleich stärker als die Industrie anderer Länder betroffen wurde, zeigt der Umstand, daß der Produktionsanteil der polnischen Industrie an der industriellen Weltproduktion von 0,7 v. H. im Jahre 1929 auf 0,5 v. H. im Jahre 1932 sank (vgl. Mały Rocznik Statystyczny 1938, S. 131).

27) B. Cywiński: Przemysł polski i nasze położenie gospodarcze [Die polnische Industrie und unsere Wirtschaftssituation], Warschau 1934, S. 36 ff.

28) Während in den Jahren 1926—1929 im jährlichen Durchschnitt 24 neue Kartelle entstanden, waren es während der Krisenjahre jährlich durchschnittlich 56 Kartelle. Vgl. R. G r a d o w s k i : Polska 1918—1939. Niektóre zagadnienia kapitalizmu monopolistycznego [Polen 1918—1939. Einige Probleme des Monopolkapitalismus], Warschau 1959, S. 73.

29) Allein im Jahre 1932 floß eine Kapitalsumme von rund 1/2 Mrd. Zł. ab. In den neun vorhergehenden, auch bereits z. T. Krisenjahren waren nur ins-

Der für die Deflationspolitik ebenfalls typische Preisverfall führte ferner zu einem Rückgang der Agrarpreise während der Jahre 1928—1935 um rund ein Drittel und damit zu einer für die allgemeine Situation bedrohlichen Schrumpfung der effektiven Nachfrage und des Binnenmarktes.³⁰ Die immer stärker aufklaffende Preisschere brachte die ländliche Bevölkerung, ganz besonders aber jene aus dem zurückgebliebenen, weit weniger städtische Absatzmöglichkeiten bietenden ostpolnischen Landesteil in größte existentielle Bedrängnis.³¹ In Stadt und Land mehrten sich soziale Unruhen der Kurzarbeiter, Arbeitslosen und der in ihrem Lohn von den Unternehmern gedrückten Beschäftigten. Leicht und oft gingen sie in politische Demonstrationen, ja, in Aufruhr über. Besonders die hohe Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Aussichtslosigkeit für die bäuerliche Bevölkerung, zum Broterwerb in die Stadt abwandern zu können, nährten eine allgemeine und tiefgreifende Sozialradikalisierung.³² Die Arbeitslosigkeit wurde einmal durch das Ausbleiben der Abwanderung in andere, ebenfalls krisenbefallene Länder, die 1926—1930 jährlich rund 190 000 Personen, 1932 dagegen nur 21 000 und 1933 35 000 Personen betrug³³, zum anderen durch die Rückkehr zur Arbeit nach Westeuropa gegangener Arbeitskräfte, denen als Folge der Krise in ihren Gastländern die Aufenthaltserlaubnis entzogen worden war, noch verstärkt; sie erreichte im Jahre 1936 mit 428 800 registrierten Arbeitslosen, die zahlenmäßig 64 v. H. der gleichzeitig beschäftigten Industriearbeiter entsprachen, ihren relativen statistischen Höhepunkt.³⁴ Die landwirtschaftliche Über-

gesamt 3,5 Mrd. Zł. Auslandskapital abgezogen worden. Vgl. A. Grodek, Irena Kostrowicka: *Historia gospodarcza Polski* [Wirtschaftsgeschichte Polens], Lodz, Warschau 1955, S. 427.

30) *Mały Rocznik Statystyczny* 1936, S. 165.

31) Die sozialen Belastungen konnten nur verkraftet werden, soweit sie verkraftet wurden, weil die Landbevölkerung, insbesondere Ostpolens, einen niedrigen Lebensstandard hatte, auch vordem noch an naturale Tauschwirtschaft gewöhnt und gegen sonstige Unbill bemerkenswert widerstandsfähig war, wie Predöhl in einer grundlegenden Betrachtung meint. Vgl. A. Predöhl: *Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik*, Göttingen 1949, S. 294.

32) G. W. Strobela: *Arbeiterschaft und Linksparteien in Polen 1928—1938*, in: *Jbb. für Geschichte Osteuropas*, NF 10 (1962), H. 1, S. 75 ff.

33) K. Thaler: *Polen — die Probleme des Arbeitsmarktes*, in: *Wirtschaftsdienst*, Hamburg, 8. Nov. 1935.

34) *Statistique du travail*. Główny Urząd Statystyczny RP, Warschau 1938. — Ihren statistisch fixierten Höhepunkt wies die Arbeitslosigkeit Ende 1937 auf, da 438 700 Arbeitslose registriert waren (vgl. *Mały Rocznik Statystyczny* 1936, S. 178, und *Mały Rocznik Statystyczny* 1939, S. 259). Viele Arbeitslose ließen sich aus einer ganzen Reihe von Gründen jedoch nicht registrieren, bestand doch keine Meldepflicht und wurden die Unterhaltsleistungen von einem bestimmten Zeitpunkt an so gut wie überhaupt nicht gewährt. Daher kommt es zu Schätzungen der Arbeitslosigkeit, die weit höher als die offiziellen statistischen Daten liegen. Lewy schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf 940 000 im Jahre 1933, was einen absoluten Höhepunkt bedeuten würde. 1936 waren demnach immer noch 765 000 Arbeitslose vorhanden. Von den Arbeitslosen sollen 1933 781 000 und 1936 619 000 „Hand“-Arbeiter gewesen sein (vgl. St. Lewy: *Szacunek bezrobocia pracowników najemnych poza rolnictwem w latach 1929—1936*. *Studia i materiały* [Eine Schätzung der Lohnarbeitsbeschäftigten außerhalb der

bevölkerung hatte von 1920 bis 1935 beträchtlich auf ungefähr 4,5 Millionen Personen zugenommen³⁵; trotzdem setzte eine umgekehrte Bewegung der in erster Generation zu Städtern gewordenen Menschen in ihre Heimatdörfer ein. Im Gefolge der auch in solchen Erscheinungen wurzelnden Sozialradikalisierung nahmen der politische Einfluß der radikalen Bauern- und Linksparteien, darunter auch der KPP, und die Forderungen der linkstendierenden Minderheitenpolitiker Ostpolens, diese Gebiete von Polen abzutrennen oder ihnen eine der oberschlesischen ähnliche Autonomie zu geben^{35a}, ungemein stark zu. Sie begannen um die Mitte der dreißiger Jahre, als die Krisenauswirkungen sich ihrem Höhepunkt näherten, den Herrschaftsapparat in Polen hart zu bedrängen.³⁶

Landwirtschaft in den Jahren 1929—1936. Studien und Materialien], Warschau 1938, S. 14). Schon diese Einzelheiten zeigen, wie diffizil das Problem Polen und insbesondere seine soziale und wirtschaftliche Situation zwischen den Weltkriegen gelagert ist. Bei seiner Betrachtung ist ein ganz besonderes Maß an Differenzierungsbereitschaft vonnöten.

35) Auch beim Problem der landwirtschaftlichen Überbevölkerung, das für alle politischen und ökonomischen Implikationen von außerordentlich großer Bedeutung ist, zeigt sich eine Vielfalt angebotener Interpretationsmöglichkeiten. Die Schätzungen reichen von 4,5 Mill. (Stańczyk) bis zu mehr als 7 Mill. Menschen, allerdings unter Anlegung westeuropäischer Standards und Lösungen (Poniatowski), was für die Beurteilung der polnischen Verhältnisse aber unreal ist. Vgl. M. S t a n c z y k : Przeludnienie agrarne w Polsce kapitalistycznej [Landwirtschaftliche Überbevölkerung im kapitalistischen Polen], in: *Ekonomista*, Warschau 1955, Nr. 1, S. 29 ff.

35a) G. R w a l : Walka o prawo do samookreślenia a żądanie autonomii [Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht und die Forderung nach Autonomie], in: *Nowy przegląd XIV* (1935), Nr. 8, S. 780—785. — Mit diesem Artikel im theoretischen Organ der KPP wurde eine taktische Schwenkung der Partei begründet und ausgedeutet, die von einer auf Grund des Selbstbestimmungsrechts durchzuführenden Loslösung Galiziens (= Westukraine!) von Polen und ihrem Anschluß an die Sowjetunion abging und auf die Autonomielösung einschwenkte, die regional breiter konzipiert war als von der PPS und bei den ukrainischen Nationalisten: „Wir sind für eine Ausweitung der Autonomie auf alle westukrainischen Territorien, d. h. ebenfalls auf Wolhynien, Polesien und das Cholmer Land. Die Kommunisten fordern einen Landtag (Landessejm) in Lemberg und eine volle örtliche Selbstverwaltung, die Abschaffung der bürokratisch-polizeilichen Kontrolle von oben, die Abschaffung des Systems der nominierten Wojewoden, Starosten, Gemeindevorsteher und Richter: die frei wählbaren Beamten und deren Verantwortung gegenüber dem Volk. Wir fordern die Abschaffung der Verbindlichkeit der Staatssprache, die Gleichberechtigung und Einführung der ukrainischen Sprache ins Gerichts-, Amts- und Gemeindeverwaltungswesen. Wir fordern eine weltliche Schule in der Muttersprache und eine Ukrainische Universität in Lemberg. Wir fordern den Militärdienst am Wohnort“ (ebenda, S. 784). Die Schwenkung ging auf die Beschlüsse des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationalen von Mitte 1935 zurück und wurde im Beschluß des ZK der KPP vom November 1935 über „Die Aufgaben der KPP im Lichte der Beschlüsse des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationalen“ festgelegt, der aber erst nach dem Artikel Rvals veröffentlicht wurde (ebenda, Nr. 9, S. 842—847). Die Datierung der Hefte: Nr. 8 = November 1935; Nr. 9 = Dezember 1935.

36) G. W. S t r o b e l : Die parlamentarische Idee und die polnischen Parteien, in: *Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen*, hrsg. von H.-E. V o l k m a n n , Marburg/Lahn 1967, S. 52 ff.

Die in ihrer Intensität seit 1932 immer erbitterter werdenden Streiks, bei denen die gemäßigeren Gewerkschaften zugunsten einheitsfrontartiger linksradikaler Aktionskomitees aus der Streikführung zunehmend ausgeschaltet wurden, führten zu einer Verknüpfung des Besatzungs- mit dem Hungerstreik, der schon bald als ein Beispiel besonders erbitterter und politisierter Streiks international als „polnischer Streik“ apostrophiert wurde. Bauern streikten auf eine ganz besondere Art: sie unterließen es, die Städte mit Lebensmitteln zu beliefern, und sperrten die Zufahrtsstraßen zu Städten, um sie „auszuhungern“.³⁷ Seit 1933 mündeten die Streiks, die Arbeitslosendemonstrationen und die Auflehnungen auf dem Lande immer häufiger in Zusammenstößen mit der Staatsgewalt, wobei es erhebliche Zahlen von Toten gab.³⁸ Die Begräbnisse gestalteten sich meist wieder zu politischen Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit der Polizei, so daß, wie Anfang 1936 in Krakau und Lemberg, eine bürgerkriegsähnliche Eskalation in die Auseinandersetzungen hineingetragen wurde.³⁹

Partisanenaktionen sozialradikaler, aber auch nationaler Gruppen, insbesondere im ostpolnischen Minderheitsgebiet, die mit Forderungen nach einer Abtrennung dieser Gebiete von Polen und ihrer Eingliederung in die Sowjetunion verbunden waren, wo sie eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft erwarteten, kamen als zusätzliche Belastung in der Zeit der sich zuspitzenden Krise erneut auf und schürten den Antikommunismus des Staats- und Herrschaftsapparates. Die bisherigen Unifizierungsbemühungen waren zwar administrativ, nicht aber wirtschaftlich, sozial und kulturell erfolgreich gewesen. Eine eigens gegründete „Gesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung der Ostgebiete“ bemühte sich zwar mit einem beträchtlichen Aufwand, doch ohne entsprechenden Erfolg.

Der Entwicklungsabstand der ostpolnischen Gebiete wurde als ein gravierendes Politikum von der Statistik zwar sehr geschickt verschleiert, doch lassen sich einige Faustzahlen finden und errechnen. Polen A erfaßte flächenmäßig ein Drittel des Staates, das 1936 von 52 v. H. seiner Bevölkerung bewohnt war und 88 v. H. der industriellen Produktionskapazität beherbergte, so daß dem östlichen Polen B bei zwei Dritteln der Staatsfläche 48 v. H. der polnischen Gesamtbevölkerung, aber nur 12 v. H. der Produktionskapazität zuzuordnen waren.⁴⁰ Der Anteil der Analphabeten

37) A. Próchnik (H. Swoboda): Pierwsze piętnastolecie Polski niepodległej. Zarys dziejów politycznych [Die ersten fünfzehn Jahre des unabhängigen Polens. Abriss der politischen Geschichte], Warschau 1957, S. 466 (Neudruck der Auflage vom Jahre 1933).

38) Pobóg-Malinowski, S. 750 ff.

39) H. und T. Jędruszcak: Ostatnie lata Drugiej Rzeczypospolitej (1935—1939) [Die letzten Jahre der Zweiten Republik], Warschau 1970, S. 52 f.

40) Hanna Jędruszcak: Rynek pracy w Polsce międzywojennej [Der Arbeitsmarkt im Zwischenkriegspolen], in: NDP, Bd 7, Warschau 1964, S. 27—39, hier: S. 36. — Der damalige Finanzminister Kwiatkowski betonte in einem wohl auch als Rechtfertigung gedachten Referat auf einer Konferenz des Ministerrates am 4. November 1946 in Warschau, daß im Polen A sogar mehr als (zwyż) 93 v. H. der Industriekapazität lokalisiert gewesen seien. Damit hätte

im Jahre 1931 betrug in Westpolen 12,8 v. H. der Gesamtbevölkerung, in Ostpolen waren es mit 35,9 v. H. immerhin fast dreimal mehr.⁴¹ Der Anteil dieses Gebietes am industriellen Produktionswert Polens machte 1936 mit 18,8 v. H. ungefähr die Höhe des Jahres 1920 aus⁴², so daß aber 18,8 v. H. des Produktionswertes von nur 12 v. H. der Produktionskapazität ausgebracht wurden. Die Erträge in der hier das wirtschaftliche Rückgrat bildenden Landwirtschaft waren im Mehrjahresdurchschnitt 1934—1938 bei Getreide um 28 v. H. und bei Hackfrüchten um 15 v. H. geringer, wobei die erzielten Preise noch um mindestens 15 v. H. niedriger als in Westpolen lagen.⁴³ Aus allen diesen Gründen kommt es, daß auch der Verbrauch industrieller Güter nur unverhältnismäßig geringe Bruchteile des gesamtpolnischen Verbrauchs betrug.⁴⁴ Das Wissen um diese wirtschaftliche und soziale Misere Ostpolens bestimmte das politische Bewußtsein und das politische Verhalten der dortigen Bevölkerung in sehr großem Maße, was übrigens in politischen Kreisen und von der Regierung durchaus gesehen wurde.⁴⁵

Die Partisanenaktionen fanden ihren Höhepunkt im Juni 1936, als eine bäuerliche Partisanengruppe die Kreisstadt Myślenice südlich Krakau besetzte.⁴⁶ Die Demonstrationen zum 1. Mai 1936 führten in Lodz 80 000, in Lemberg 50 000 und in Warschau 40 000 Menschen zusammen. Auch in anderen Städten und Industrieregionen kamen Demonstrantenzahlen zusammen, die höher als 20 000 waren. Die Demonstrationen besaßen einen radikalierenden Einheitsfrontcharakter; sie richteten sich gegen die im Staate herrschenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände⁴⁷ und unterstützten frühere Forderungen auf eine Änderung des politischen Systems, die aus verschiedenen Kreisen und zu verschiedenen Gelegenheiten öffentlich vorgebracht wurden und sogar die Programmdiskussion der Polnischen Sozialistischen Partei im Jahre 1934 in außerordentlich starker und radikaler Weise beherrschten.⁴⁸

Polen B weniger als 7 v. H. der Industrieproduktionskapazität beherbergt. Vgl. E. Kwiatkowski: Pięć tez gospodarczych nowej Polski [Fünf Wirtschaftsthesen des neuen Polen], Kattowitz, Breslau 1947, S. 16.

41) Mały Rocznik Statystyczny 1939, Warschau, S. 29.

42) Statystyka Przemysłowa [Industriestatistik] 1937, Warschau 1938.

43) Mały Rocznik Statystyczny 1939, Warschau, S. 78 ff., 255.

44) J. Koźuchowski: Przebudowa gospodarcza Polski [Der wirtschaftliche Umbau Polens], Warschau 1938, S. 188. — Bei gepflasterten Landstraßen betrug die Dichte nur 1/17 der Dichte Westpolens, was sich auch auf die Transportkosten niederschlug, weil bei den Wegeverhältnissen Ostpolens je Fuhrwerk nur 350 kg gegenüber 1000 kg in Westpolen transportiert werden konnten. Das Eisenbahnnetz war noch ungünstiger als das Wegenetz gestaltet; vgl. Wł. Studnicki: Ziemie wschodnie [Die Ostgebiete], Wilna 1929, S. 58.

45) Koźuchowski, S. 179 ff.; Sławoj-Skłodkowski: Kwiatuszki administracyjne i inne [Administrative und andere Stilblüten], London 1959, S. 124 ff.; A. Polonsky: Politics in Independent Poland 1921—1939. The Crisis of Constitutional Government, London 1972, S. 448 ff.

46) Roos, Geschichte der polnischen Nation, S. 149.

47) H. und T. Jędruszczyk, S. 53.

48) E. Rudziński: Stanisław Dubois a radykalizacja OM TUR i kształtowanie się lewego skrzydła PPS [St. D. und die Radikalisierung der sozialisti-

Die linkstendierende, das Herrschaftssystem in Frage stellende Radikalisierung, die örtlich zur Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten führte, rief Reaktionen auf dem anderen politischen Flügel hervor, die die Situation nur noch mehr belasteten. Man begann in diesen Kreisen die Schuld für die Entwicklung bei der „żydo-komuna“, dem „verjudeten Kommunismus“, zu suchen. Als Folge eines solchen Verständnisses machte sich neben extremem Antikommunismus ein primitiver Antisemitismus breit. Im Parlament wurde eine antijüdische Gesetzgebung eingebracht, die den Nürnberger Gesetzen nachgebildet war. Allerdings wurde sie dann verworfen.⁴⁹ Ausschreitungen gegen Juden häuften sich und wurden örtlich zu Pogromen. Vielfältige Zurücksetzungen jüdischer Mitbürger — bis zu Ghetto-Bänken in Universitätshörsälen — machten sich in vielen Bereichen bemerkbar.⁵⁰ Der Antisemitismus begann im politischen Polen eine beträchtliche Rolle zu spielen.

Im Oktober 1937 überlegten faschistoide Kreise sogar, die desolante Lage durch einen Staatsstreich der Militärclique, die sich mit Hilfe früherer Militärs auch im zivilen Verwaltungsapparat einen Rückhalt zu schaffen gewußt hatte⁵¹, und einer damit verbundenen „Bartholomäus-Nacht“, da in einer „blutigen Viertelstunde“ die vermeintlichen Führer und Verantwortlichen der politischen und sozialen Unruhen physisch ausgeschaltet werden sollten, mit Gewalt zu bereinigen.⁵²

Die Gesamtsituation wurde durch den Tod des Staatsgründers Marschall Piłsudski am 12. Mai 1935 und die innere Differenzierung im Regierungslager auf dem Hintergrunde der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung mit ihren politischen Weiterwirkungen noch zusätzlich beschwert, kamen doch zu den allgemeinen Schwierigkeiten noch Positionskämpfe um

schen Jugendbewegung sowie die Herausbildung des linken PPS-Flügels], in: *Kwartalnik Historyczny*, Warschau 1965, Nr. 4, S. 1110 ff.; J. Żarnowski: *Polska Partia Socjalistyczna w latach 1935—1936* [Die Polnische Sozialistische Partei in den Jahren 1935—1936], Warschau 1960, S. 68 ff.; ders.: „Lewica sanacyjna“ w latach 1935—1939 [Die linke Fraktion der Sanacja-Gruppierung in den Jahren 1935—1939], in: *Przegląd Historyczny*, Warschau 1958, Nr. 49, S. 725 ff.; J. Tomicki: *Norbert Barlicki 1880—1941. Działalność polityczna* [N. B. 1880—1941. Seine politische Tätigkeit], Warschau 1968, S. 312 ff.

49) G. W. Strobel: *Das polnisch-jüdische Verhältnis. Juden, der polnische Staat und die polnische Öffentlichkeit bis 1945* (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), Köln 1968, S. 9 ff.

50) ebenda, S. 9 ff.; S. Bronsztejn: *Ludność żydowska w Polsce w okresie międzywojennym* [Die jüdische Bevölkerung Polens in der Zwischenkriegszeit], Breslau, Warschau, Krakau 1963, S. 193 ff.; M. M. Drozdowski: *Spoleczeństwo, państwo, politycy II Rzeczypospolitej. Szkice i polemiki* [Gesellschaft, Staat, Politiker der II. Republik. Skizzen und Polemiken], Krakau 1972, S. 63 f.

51) K. Morawski: *Wspomnienia z pracy w Ministerstwie Skarbu (od grudnia 1936 do października 1939)* [Erinnerungen an die Arbeit im Schatzministerium (vom Dezember 1936 bis zum Oktober 1939)], in: *Kultura*, Paris 1950, Nr. 2—3, S. 151 ff. P. Stawecki: *O dominacji wojskowych w państwowym aparacie cywilnym w Polsce w latach 1926—1939* [Zur Vorherrschaft der Militärs in der Zivilverwaltung Polens in den Jahren 1926—1939], in: *Wojskowy przegląd historyczny*, Warschau 1965, Nr. 3, S. 328 ff.

52) Strobel, *Die parlamentarische Idee*, S. 58 f.

Macht und Einfluß hinzu, die für eine partielle Zunahme undemokratischer Überlegungen, Strömungen und auch Handlungen verantwortlich zu machen sind. Die Volksfronttaktik der KP seit 1935 war zudem erfolgreich. Die KPP warf sich unter Zuhilfenahme unterwanderter sozial- und kulturpolitischer Vereinigungen und mit Hilfe kritischer Intellektueller⁵³ zum Retter und Verteidiger der nationalen polnischen Staatlichkeit und des arbeitenden Volkes auf.^{53a} Die Bauernstreiks in Süd- und Südostpolen, besonders im späteren COP-Gebiet, mit ihren langdauernden und regional breitgefächerten Unruhen vom Sommer 1937, bei denen soziale, politische und nationalitätenorientierte Postulate erhoben wurden, führten zu einem verlustreichen Klein- und Barrikadenkrieg von Polizei und Militär mit den Aufständischen.⁵⁴ Die Bedrohlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Situation wurde den Trägern der Regierungsgewalt spätestens jetzt sehr deutlich.

Die so vielfältig belastete innerpolnische Situation, die sich Mitte der dreißiger Jahre gerade auf dem Höhepunkt der in Polen länger als in den westeuropäischen Ländern währenden Weltwirtschaftskrise befand, wurde

53) H. Glass: Wpływy Kominternu wśród nauczycieli. Materiały oświetlające cele i taktykę komunistów w Związku Nauczycielstwa Polskiego [Die Einflußnahmen der Komintern auf die Lehrer. Materialien zur Beleuchtung der Ziele und der Taktik der Kommunisten im Polnischen Lehrerverband], Warschau 1938, 2. erw. Aufl.; T. S z c z e c h u r a: Związek Nauczycielstwa Polskiego. Zarys dziejów 1919—1939 [Der Polnische Lehrerverband. Abriss seiner Geschichte 1919—1939], Warschau 1957, S. 202 ff. R. K o r s c h: Żydowskie ugrupowania wywrotowe w Polsce [Jüdische Umsturzvereinigungen in Polen], Warschau 1935; A. R. Keller: KPP i podległe jej organizacje czyli komunistyczne organizacje w Polsce (Podręcznik wyłącznie dla państwowych organów bezpieczeństwa) [Die KP Polens und die ihr unterstehenden Organisationen oder die kommunistischen Organisationen in Polen (Handbuch für Zwecke der staatlichen Sicherheitsorgane)], Warschau 1934; J. A. Reguła: Historia Komunistycznej Partii Polski w świetle faktów i dokumentów [Die Geschichte der KP Polens im Lichte der Fakten und Dokumente], 2. Aufl., Warschau 1934, S. 274 ff.; M. K. D z i e w a n o w s k i: The Communist Party of Poland. An Outline of History, Cambridge, Mass. 1959.

53a) Die Beschlüsse des IV. ZK-Plenums der KPP vom 20. 2. 1936 versuchten erstmals ausdrücklich zu erklären, daß die Partei nicht gegen die Unabhängigkeit Polens sei, wie behauptet wurde, sondern gegen das herrschende gesellschaftspolitische System, das sie in einem unabhängigen Polen zu ändern anstrebe (vgl. Wortlaut in: Dokumenty Komunistycznej Partii Polski 1935—1938 [Dokumente der Kommunistischen Partei Polens 1935—1938], Warschau 1968, S. 127—137, hier: S. 132 ff.). Der Aufruf des ZK der KPP zum polnischen Unabhängigkeitstag am 11. November 1936 stellte eine Traditionslinie zwischen den polnischen Aufständen seit 1794 her und profilierte die Partei als Trägerin des „wirklich freien und glücklichen“ Polen, das jederzeit fähig sein werde, seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Vgl. Wortlaut ebenda, S. 221—224.

54) Hierzu wurde eine zweibändige Dokumentation herausgegeben, die interessantes Material enthält und aufschlußreich eingeführt wird: heute will man ein Verdienst der KP Polens an der bäuerlichen Streikbewegung des Jahres 1937 konstruieren, das größer gesehen wird, als es in Wirklichkeit war. Vgl. Strajk chłopski w 1937 roku. Dokumenty archiwalne [Der Bauernstreik von 1937. Archivmaterial], 2 Bde, Warschau 1960.

in Kreisen des Regierungsapparates als eine Gefährdung des Bestandes des erst nach langer Unfreiheit neu geschaffenen Staates empfunden, obwohl in Wirklichkeit nicht der Bestand des Staates, sondern, wie die Auseinandersetzung in Kreisen der politischen Opposition zeigte, die Herrschaftsform und der Herrschaftsapparat bedroht waren. Bei der selbstüberheblichen Gleichsetzung der Träger der Herrschaft, die den Staat neu begründet hatten, mit dem Staat selbst war dieser Schluß, wenn auch nicht richtig, so doch subjektiv verständlich.

Alles in allem war die innenpolitische Situation der Jahre 1936 und 1937 ähnlich desolat wie im Jahre 1923, dem Jahr der bis dahin größten innenpolitischen Unruhen im Zeichen einer besonderen Taktik der Kommunistischen Internationale. Durch die mittlerweile eingetretene politische Polarisierung und infolge der Paralyse des parlamentarischen Systems, auch durch den Boykott des Sejm durch die oppositionellen Bauern- und Arbeiterparteien, darunter die PPS (Polnische Sozialistische Partei)⁵⁵, was zu vielfältigen außerparlamentarischen Aktionen führte, war sie jedoch weitaus explosiver und wohl auch insgesamt gefährlicher als damals. Darauf weist auch eine Denkschrift der Abteilung für Öffentliche Sicherheit des Innenministeriums für den Verteidigungsminister General Kasprzycki vom 24. März 1936 hin. In ihr wurde nicht nur betont, daß die „Massenarbeitslosigkeit das wichtigste staats- und wirtschaftspolitische Problem sei“, sondern zugleich unterstrichen, daß die „Massenarbeitslosigkeit in breiten Schichten der Bevölkerung und insbesondere unter Arbeitern Mißtrauen gegenüber dem herrschenden System herbeigeführt“ habe und eine Gefahr für die Sicherheit des Landes und sein politisches Gleichgewicht bedeute, das durch die zunehmende Bereitschaft zur Volksfrontbildung mit den Kommunisten in Gefahr sei, aus den Angeln gehoben zu werden. Die Denkschrift gipfelte in der bezeichnenden Empfehlung, daß man „im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit für Ruhe und Sicherheit bei den herrschenden Verhältnissen im Staate stärker auf die wirtschaftlichen Ressorts einwirken solle, damit sie irgendwelche präzisen Maßnahmen zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ausarbeiten“.⁵⁶

Als General Sławoj-Skłodkowski am 15. Mai 1936 die Regierung übernahm, in der er auch das Ressort für Inneres verwaltete, empfahl man ihm unter dem Eindruck solcher Situationsanalysen, über Polen den Ausnahmezustand zu verhängen.⁵⁷ Er unterließ es zwar. Doch die Bedrohung

55) Es zeugt von tiefer Unwissenheit, wenn neuerdings, wie von Iring Fettscher, gerade die in Opposition zum herrschenden Regime und zu den faschistischen Tendenzen gegangene PPS, deren Mitglieder aus diesem Grunde vielfältigen Verfolgungen ausgesetzt waren, als „nach dem Ersten Weltkrieg faschistoid werdend“ apostrophiert wird. Solche Unkenntnis grundlegender Konfigurationen des politischen Lebens in Polen muß zwangsläufig zu weiteren, genau so unverantwortlichen Entstellungen führen. Vgl. I. Fettscher: Konflikt mit Lenin, in: Die Zeit, 28. 3. 1975.

56) Najnowsze dzieje Polski 1914—1939 [Neueste Geschichte Polens 1914—1939], Warschau 1961, Nr. 4, S. 212—231, hier: S. 213, 228, 231.

57) Sławoj-Skłodkowski: Nie ostatnie słowo oskarżonego. Wspomnienia i artykuły [Das noch nicht letzte Wort des Angeklagten. Erinnerungen und Artikel], London 1964, S. 202 f.

Polens aus innerpolnischen Gründen und innenpolitischen Entwicklungen schien so groß, daß man nach Wegen zu ihrer Neutralisierung suchte, zur Verteidigung des Staatsbestandes, wie man es verstand und ausdrückte. Zu den explosiven innenpolitischen, auf die außenpolitische Ebene hinausgreifenden Entwicklungen gehörten auch die unter kommunistischem Einfluß und unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Ostpolen sporadisch immer wieder aufkommenden Forderungen, die weißrussischen und ukrainischen Minderheitsgebiete den entsprechenden Sowjetrepubliken einzuverleiben, was dann die auch in den militärischen Planungen zutage tretenden Befürchtungen vor einem direkten Engagement der Sowjetunion für diese Sezessionsforderungen noch nährte; diese Befürchtungen sollten sich am 17. September 1939 auch bewahrheiten.

Den faschistoiden Strömungen, die auf ihre Art und Weise den Staat bewahren wollten, sich jedoch trotz manchen organisatorischen Zusammenschlusses in der Gesellschaft nicht durchzusetzen vermochten⁵⁸, stellten sich liberalisierende Bestrebungen entgegen, die, begünstigt im Gegensatz zur Militärclique durch den Staatspräsidenten Mościcki, mit Hilfe gerade der von verschiedenen Seiten empfohlenen wirtschaftspolitischen Mittel einen Kompromiß zwischen Herrschaftsapparat und oppositionellen Parteien anstrebten. Sie zeichneten sich bereits im Kabinett Zydram-Kościałkowski vom Oktober 1935 ab und setzten sich, zwischendurch immer wieder bedrängt, unter Sławoj-Składkowski noch weiter durch, weitgehend getragen von dem vom Staatspräsidenten besonders geschätzten Kwiatkowski, der im Kabinett Zydram-Kościałkowski das Finanzressort verwaltete und wie im Kabinett Sławoj-Składkowski noch zusätzlich Vize-Premier war.

In einer Rede auf dem Legionärskongreß unterstrich der Nachfolger Piłsudskis, der spätere Marschall Rydz-Śmigły, am 24. Mai 1936 die Notwendigkeit, mit wirtschaftspolitischen und sozialen Maßnahmen der bedrohlichen politischen Situation Herr zu werden, wobei er die These von der Notwendigkeit der Verteidigung Polens angesichts einer Bedrohung vor allem von innen aufstellte und die Gründung einer neuen Partei zur Unterstützung des Regierungskurses ankündigte. Wenig später entstand das faschistoide „Lager der Nationalen Einigung“ (Obóz Zjednoczenia Narodowego“ = OZN), das jedoch nur geringen Anhang und wenig Ansehen zu gewinnen vermochte. Die Intention dieser Richtung wurde in wirtschaftlicher Hinsicht wohl am eindeutigsten vom oberschlesischen Wojewoden Grażyński am 30. Juli 1936 gedeutet: „Die kürzlich von General Rydz-Śmigły ausgegebene Losung der Verteidigung des Staates muß in ein positives großes sozialwirtschaftliches Programm umgeschmolzen werden, das fähig ist, den Glauben und den Enthusiasmus der Arbeiter- und Bauernmassen zu gewinnen und ihre Gedanken und Gefühle mit den nationalstaatlichen Idealen zusammenzuschweißen.“⁵⁹

58) Strobel, Die parlamentarische Idee und die polnischen Parteien, S. 56 ff.; T. Jędruszcza k : Piłsudczycy bez Piłsudskiego [Die Piłsudski-Leute ohne Piłsudski], Warschau 1963, S. 71 ff.; E. Nolte : Die faschistischen Bewegungen, Lausanne 1969, S. 232 f.

Das OZN-Programm gefiel sich in der Proklamierung von sozialwirtschaftlichen Allgemeinplätzen. Es bedeutete aber mit seinem Bekenntnis zum Privateigentum, zur Notwendigkeit eines Sieges über die Arbeitslosigkeit und zur Besserung der Lebensverhältnisse für Arbeiter und Bauern mit Hilfe von staatlichen Maßnahmen, wobei neben korporativen Lösungen auch die große Rolle des Staates bei der Leitung des Wirtschaftslebens unterstrichen und sogar planwirtschaftliche Lösungen nicht ausgeschlossen wurden⁶⁰, eine Bekräftigung des vorgesehenen wirtschaftspolitischen Regierungskurses, was zugleich aber eine politisch bloßstellende Affinität mit italo-faschistischen Mustern deutlich machte.

Auch das Nationalradikale Lager (Obóz Narodowo-Radykalny = ONR) unterstrich in seinem Programm von 1937 die Bedeutung des staatlichen Interventionismus und die Notwendigkeit etatistischer Politik — die zur planwirtschaftlichen Lösung zu führen habe — für die zur politischen Gesundung führende Industrialisierung mit ihren sozialen Auswirkungen.⁶¹ Man war bereit, den Produktionsapparat zu verstaatlichen, mithin die gesellschaftspolitische Ordnung zu verändern. Auch wenn das ONR faktisch in Opposition zum Regierungslager stand, so war es ihm näher als die anderen oppositionellen Parteien, dazu weit enger dem Faschismus als das Regierungslager verbunden. Splittergruppen forderten den faschistischen Staat.

Wenn auch der Grundgedanke der Regierungskreise — Industrialisierung zur innenpolitischen Integration und Stabilisierung, auch mit Hilfe planwirtschaftlicher Elemente und zentraler staatlicher Leitung — von den meisten Oppositionsparteien gutgeheißen wurde, so war man sich bezüglich der Rolle des Herrschaftsapparates in diesem Prozeß und über das politische System, insbesondere über die Eigentumsstruktur, in dem diese Politik geführt werden sollte, nicht einig, auch nicht untereinander. Die radikalsten Lösungen der legalen Parteien wurden von den verschiedenen Jugendgruppen der Bauernpartei (SL = Stronnictwo Ludowe) und von der PPS (Polska Partia Socjalistyczna = Polnische Sozialistische Partei) proklamiert. Hinsichtlich der Grundlösungen, wie Verstaatlichung der Grundindustrien, des Großgrundbesitzes, der Banken und der Versicherungen, war man sich einig. Angestrebt wurden allerdings verschiedene Organisationsmodelle für das politische System. Die jungen Anhänger der Bauernpartei wollten ein genossenschaftlich orientiertes, die Sozialisten dagegen ein marxistisch ausgerichtetes Staats- und Wirtschaftsmodell, für das auch noch jeweils verschiedene funktionale Lösungen angeboten wur-

59) Bericht Grażyńskis über die Bekämpfung des Kommunismus vom 30. 7. 1936, zit. nach: M. Drozdowski: *Geneza i rozwój Centralnego Okręgu Przemysłowego* [Entstehung und Entwicklung des Zentralen Industriegebietes], in: *Najnowsze Dzieje Polski 1914—1939*, Warschau 1959, Nr. 2, S. 35—73, hier: S. 48.

60) B. Miedziński: *Wczoraj, dziś, jutro* [Gestern, heute, morgen], Warschau 1938, 2. Aufl., S. 153; Z. Landau, J. Tomaszewski: *Zarys historii gospodarczej Polski 1918—1939* [Abriß der Wirtschaftsgeschichte Polens 1918—1939], Warschau 1960, S. 173 f.

61) H. und T. Jędruszczak, S. 190 f.

den. Alle Vorstellungen liefen auf eine Ablösung der geltenden Herrschaftsform hinaus.⁶²

In dieser innenpolitischen Situation wurde die Nominierung von General Sławoj-Składkowski zum Ministerpräsidenten von der Einsicht getragen, die bedrohliche Entwicklung im Inneren mit Hilfe sozialer und wirtschaftlicher Maßnahmen bei einer Beibehaltung des Herrschaftsapparates und seiner strukturellen Merkmale, die ja beide mit dem Staat gleichgesetzt wurden, zu neutralisieren. Staatspräsident Mościcki brachte dies ihm gegenüber zum Ausdruck: „Auf Grund der Notwendigkeit, die ununterbrochenen Unruhen, die hauptsächlich durch die Arbeitslosigkeit verursacht werden, zum Stillstand zu bringen, stimmten General Śmigły und ich miteinander ab, Ihnen die Regierungsbildung anzutragen. Minister Kwiatkowski wird Ihnen behilflich sein, die Arbeitslosigkeit zu entschärfen.“⁶³ Sławoj-Składkowski unterstrich in seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1936 dieses besondere Anliegen seiner Regierung und nicht etwa die irgendwie abgeleitete Notwendigkeit des Aufbaues einer Rüstungsindustrie, die ja mit ähnlichen Erwartungen hätte verbunden werden können.^{63a} Es sollte mit Hilfe des zivilen Vier-Jahres-Investitionsplanes und der Errichtung neuer Kapazitäten gerade in jenen Gebieten, in denen die Not und die ihr entspringende politische Unruhe am nachhaltigsten die Regierung bedrängten (Bauernstreiks 1937!), im Gebiet des geplanten Zentralen Industrieviers (COP), der „Region der Industrieförderung“ des Jahres 1928, die ja miteinander identisch waren, in Angriff genommen werden. Sławoj-Składkowski legte in der Regierungserklärung dar: „Aufgabe dieser Regierung ist es, die wirtschaftliche Situation zu ordnen, und zwar zum Zwecke einer gleichzeitigen Besserung der Stimmung im Lande, damit seine Zukunft gesichert werde. Die Nerven Polens sind angegriffen, doch diese Nerven müssen noch bis zur Besserung der wirtschaftlichen

62) *Programy stronnictw ludowych (1892—1959)* [Programme der Bauernparteien], hrsg. von S. Lato, Warschau 1962, Bd 2, S. 258 ff.; J. Borkowski: *Wizje społeczne i zmagania wicarzy w świetle młodzieżowej prasy ludowej 1928—1939* [Die sozialen Visionen und die Bestrebungen der Wici-Mitglieder im Lichte der Presse der Jung-Bauernpartei 1928—1939], Warschau 1966, S. 374 ff.; J. Żarnowski: *Polska Partia Socjalistyczna w latach 1935—1939* [Die Polnische Sozialistische Partei in den Jahren 1935—1939], Warschau 1965, S. 205 ff.

63) Sławoj-Składkowski, *Nie ostatnie słowo oskarżonego*, S. 149.

63a) Der als Konkurrent um das Amt des Ministerpräsidenten angesehene General Kazimierz Sosnkowski, der sich bei Rydz-Śmigły offiziell um das Amt bewarb, legte diesem als seine Konzeption eine „Devaluierung des Złoty in Verbindung mit einer kreditierten Inflation“ (inflacja kredytowa) zum Zwecke der Landesverteidigung vor, wogegen Rydz-Śmigły mit wirtschaftspolitischen Bedenken polemisiert haben soll. Sosnkowski schwebte ein sehr forcierter und einseitiger Ausbau der Rüstungsindustrie vor, denn seine Pläne einer schnellen Aufrüstung und waffentechnischen Modernisierung konnten nur auf diesem Wege verwirklicht werden (vgl. K. Sosnkowski: *Przyczyny do sprawy zbrojń polskich w okresie 1935—1939* [Beiträge zur Frage der polnischen Rüstung 1935—1939], London 1973, S. 16 f.). Auf diese Weise standen sich zwei rüstungspolitische Konzeptionen gegenüber, wodurch mit der Berufung des Ministerpräsidenten eine Entscheidung der Staatsführung verbunden war.

Lage durchhalten.“⁶⁴ Er statuierte ausdrücklich einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Erscheinung der unproduktiven landwirtschaftlichen Überbevölkerung bei gleichzeitig ausgeglichenem Staatshaushalt und stabiler Währung, wozu der Auf- und Ausbau der Industrie notwendig sei.

Wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, vor allem aber die längst als notwendig erkannte und standortpolitisch gezielte Industrialisierung, die ihren Ausdruck im Vier-Jahres-Investitionsplan finden sollte, schienen also neben verschiedenen politischen Erleichterungen, so auch einer Amnestie für politische Häftlinge, besonders geeignet⁶⁵ — wie Sławoj-Składkowski selber unterstrich —, die „innere Sicherheit des Staates“ zu gewährleisten⁶⁶ und die politische und sozialradikale Kritik der Oppositionsparteien zu besänftigen, wenn auch nicht zufriedenzustellen.

2. Es trifft die Situation ganz und gar nicht, wenn die Industrialisierungspolitik und -entwicklung zusammen mit dem Aufbau des Zentralen Industriereviers (COP) trotz der innen- und außenpolitischen Lage und ihrem Verständnis nur aus vermeintlichen Absichten erklärt werden, eine aus außenpolitischer Motivierung benötigte Rüstungsindustrie aufbauen zu wollen. Bemühungen um eine standortpolitisch determinierte Industrialisierung des Landes gab es keineswegs erst im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und der gefährlichen Zuspitzung der innenpolitischen Situation in den dreißiger Jahren, sondern schon früher. Doch sie scheiterten an den wirtschaftspolitischen Begleitumständen oder an innenpolitischen Querelen.

Der Krieg mit der Sowjetunion am Beginn der Eigenstaatlichkeit Polens legte die Wirtschaft Polens keineswegs völlig lahm. Er war im Gegenteil ein Antriebsmotor für die industrielle Produktion⁶⁷, insbesondere auch für

64) zit. nach D r o z d o w s k i, *Geneza i rozwój Centralnego Okręgu Przemysłowego*, S. 47.

65) Maria Turlejska: *Rok przed klęką* [Ein Jahr vor der Niederlage], Warschau 1969, S. 19 ff.; Wilhelmina Matuszewska: *Chłopski czyn u schyłku II Rzeczypospolitej* [Die Bauerntat am Niedergang der II. Republik], Warschau 1973, S. 35 ff., 287 f.

66) Sławoj-Składkowski, *Nie ostatnie słowo oskarżonego*, S. 203. — Am 24. Jan. 1938 erklärte Premier Sławoj-Składkowski vor dem Haushaltsausschuß des Parlaments ähnlich: „Wir erkennen alle die Wichtigkeit der Arbeiten im Zentralen Industrierevier an, doch gibt es viele Positionen im Etat, über die öffentliche Gelder für viele unzweckmäßige Arbeiten abfließen. Man muß von diesem Wege abgehen. Über Parzellierungen, Zusammenlegungen, die Aufteilung von Feldgemeinschaften, Meliorationen und eine gesunde Industrie werden wir diese gefährliche Not beheben, die das kleinpolnische Dorf bedrückt. Dies wird uns vor solchen Vorkommnissen bewahren, wie sie im August vergangenen Jahres stattgefunden haben“ (= Bauernaufbruch und Bauernstreik im Jahre 1937). Vgl. *Strajk chłopski w 1937 roku*, Bd 2, S. 350.

67) Während Ende 1919 in der Industrie 125 000 Arbeiter beschäftigt wurden, waren es Ende 1920 bereits 202 000 Arbeiter. Während jenes Jahres, da nach Hauner (S. 340) „der Krieg mit Rußland die Wirtschaft völlig lahmgelegt“ habe, stieg die Zahl der Industriebeschäftigten um immerhin rund 60 v. H. Setzt man das Jahr 1913, das ein Jahr vorzüglicher Industriekonjunktur war, mit 100 an, dann betrug der Index der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen 1919 und 1920 jeweils: Textilindustrie 15 und 26; Metallindustrie 18 und

den Aufbau einer Rüstungsindustrie in Anbetracht des Boykotts der reichsdeutschen, tschechischen und Danziger Transport- und Hafenarbeiter für die Rüstungsgüterlieferungen an Polen. Die Rüstungs- und die sonstigen Militäraufträge waren ein Instrument zur Wiederbelebung der polnischen Industrie und zur Ankurbelung einer nicht unbedeutlichen, wenn auch vorübergehenden Industriekonjunktur.⁶⁸ Bereits 1919 und bis Mitte 1920 wurden Verträge des Staates mit privaten Industriekonzernen abgeschlossen, in denen mit staatlicher Hilfe und Abnahmegarantie der Bau von Rüstungswerken gefördert wurde, bei garantierten Gewinnen in Höhe von 20 v. H. der Produktionskosten und Preisen, die um 100 v. H. höher als die auf dem Weltmarkt gültigen Preise und um 22 v. H. über die sonstigen Inlandspreise gelegt wurden.⁶⁹ Auf dieser Grundlage entstanden die Firma „Pocisk“ und die Munitionsfertigung in den Werken von Starachowice, die zusätzlich noch — um sie zu dieser Produktionsaufnahme zu bewegen — schon Mitte 1920 die Zusicherung erhielten, beim späteren Bau von Geschütz- und Handfeuerwaffen-Fabriken besonders begünstigt zu werden.⁷⁰

Vor allem die unsichere politische Situation mit den vielen Streiks bewegte die Staatsführung, auch staatliche Rüstungs- und sonstige Produktionswerkstätten für militärischen Bedarf in Betrieb zu nehmen oder neu zu bauen, für deren Errichtung seit 1919 im Staatshaushalt sogar eigene Investitionsmittel ausgewiesen wurden, wenn auch in keiner spektakulären Höhe, die von einem eigens dazu berufenen Industriekomitee beim Kriegsministerium verwaltet wurden.⁷¹ Von der Militärregie versprach

30; Lebensmittelindustrie 41 und 48; Papierindustrie 38 und 47; fleischverarbeitende Industrie 32 und 63; chemische Industrie 36 und 37 sowie Zementindustrie 49 und 62 (vgl. J. Dąbrowski: Rzecz o stanie przemysłu w Polsce w r. 1921 [Industriezustand in Polen im Jahre 1921], in: Przemysł i handel 3, Warschau 1922, S. 164; S. Janicki: Industrial Reconstruction in Poland, London 1920, S. 3). 1920 wurden mehr schwerindustrielle Objekte in Betrieb genommen als 1919; es waren 3 Hochöfen, 4 Martin-Öfen, 3 Walzwerke, 7 Gießereien, 9 Eisenerzgruben, dazu viele Betriebe der Textil-, Metall- und Maschinenbauindustrie (vgl. Rocznik Statystyki RP 1920/21, Warschau, Teil II, S. 140 f.). Der Umstand, daß der später als Polen B bezeichnete Ostteil des Landes 1920 im Bereich unmittelbarer Kriegshandlungen lag oder gar von der Roten Armee besetzt war, dürfte allein schon insofern für Hauners Feststellung recht bedeutungslos sein, als die Zentren und Fertigungsstätten der industriellen und gewerblichen Wirtschaft in überwältigendem Maße im mittleren und westlichen Landesteil lokalisiert waren.

68) Z. Landau, J. Tomaszewski: Gospodarka Polski Międzywojennej, T. 1: W dobie inflacji 1918—1923 [Die Wirtschaft Zwischenkriegspolens, Bd 1: In der Inflation 1918—1923], Warschau 1967, S. 84, 89.

69) ebenda, S. 85; Sprawozdanie Najwyższej Izby Kontroli Państwa z czynności za 1925 r. [Bericht der Obersten Kontrollkammer des Staates für das Jahr 1925], Wirtschaftsarchiv des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel.

70) Landau, Tomaszewski, Gospodarka Polski Międzywojennej, Bd 1, S. 85.

71) T. Grabowski: Z dziejów kształtowania się gospodarki obronnej w Polsce w latach międzywojennych [Zur Geschichte der Wehrwirtschaft in Polen während der Zwischenkriegsjahre], in: Wojskowy przegląd historyczny 7, Warschau 1962, Nr. 2, S. 124—148, hier S. 131; P. Stawecki: Z dziejów przemysłu

man sich eine reibungslosere Belieferung der Armee ohne Störungen durch Streiks, denen anders als in der Privatwirtschaft entgegengewirkt werden konnte.⁷² Ferner verblieben in Staatsregie jene Betriebe, die vor 1918 in staatlichem Eigentum der Teilungsmächte waren; nur zu einem unwesentlichen Teil wurden sie an Private verpachtet. Mithin besaß der Staat eine recht beträchtliche industrie- und wirtschaftspolitische Einfluß- und Lenkungsmöglichkeit, die sowohl vom Einsatz des Staatshaushalts über Rüstungsausgaben und -investitionen wie auch vom Vorhandensein einer beträchtlichen Anzahl von Staatsbetrieben, die einen nicht unwesentlichen Anteil an der Industrieproduktion hatten, gewährleistet wurde.

Die Führung des Industrie- und Handelsministeriums war von einem das private Unternehmertum begünstigenden Anti-Etatismus beherrscht. Dieser zeigte sich hier bereits 1919 und wurde angesichts der besonderen Erfordernisse der Rußland-Kampagne von Mitte 1920 nur vorübergehend zurückgedrängt.⁷³ Die Militärs in Staat und Regierung, besonders auch Marschall Piłsudski⁷⁴, der trotz sonst eher mangelnden Verständnisses für wirtschaftliche Zusammenhänge noch vor den theoretischen Arbeiten Keynes' die Akzelerationseffekte von Staatsausgaben und mithin den konjunkturpolitischen Einsatz des Staatsetats intuitiv anstrebte⁷⁵, neigten im Gegensatz zu den Zivilisten in der Staatsführung dazu, mit Hilfe eines Engagements des Staates, also mit Hilfe etatistischer Wirtschaftspolitik und der Impulse aus den Staatsbetrieben, die Wirtschaft über den weiteren Ausbau der Rüstungsindustrie zu beleben, gleichzeitig standortpolitisch zu beeinflussen und auch im Sinne der anzustrebenden und notwendigen Unifizierung die geographische Mitte des Landes rund um die San-Mündung neu zu ordnen.⁷⁶

Natürlich standen dahinter auch strategische Sicherheitsvorstellungen, die in Anbetracht der damaligen Kriegstechnologie überzeugend klangen. Man sprach von diesem Gebiet, dem San-Weichsel-Dreieck, erstmals als von einem „Sicherheitsdreieck“ oder von einer „Sicherheitsregion“. Im Jahre 1921 wurde dann auf Initiative des Verteidigungsministers General Sosnkowski der erste Plan zum Aufbau einer polnischen Rüstungsindustrie in dieser „Sicherheitsregion“ angefertigt, der dann 1922 aus wehrwirt-

wojennego w II Rzeczypospolitej [Zur Geschichte der Rüstungsindustrie der II. Republik], ebenda 16, Warschau 1971, Nr. 1, S. 266—298, und Nr. 3, S. 217—258.

72) *Dziesięciolecie intendantury Polskiej Siły Zbrojnej 1918—1928* [Zehn Jahre der Intendantur der Polnischen Streitkräfte 1918—1928], Warschau 1929, S. 337 f.; S. J. Okólski: *Przemysł wojenny w Polsce* [Die Rüstungsindustrie in Polen], in: *Przemysł i handel* 3, Warschau 1922, S. 147—151.

73) Landau, Tomaszewski, *Gospodarka Polski Międzywojennej*, Bd 1, S. 87.

74) J. Piłsudski: *Pisma zbiorowe* [Gesammelte Schriften], Warschau 1937, Bd 5, S. 38; Bd 9, S. 14, 55, 188.

75) J. Rakowski: *Ideologia gospodarcza epoki Józefa Piłsudskiego* [Die Wirtschaftsideologie der Zeit Josef Piłsudskis], in: *Niepodległość*, London 1948, S. 117—135, hier: S. 122.

76) C. O. P. *Das Zentrale polnische Industrieviertel* (Ostland-Schriften, hrsg. vom Ostland-Institut in Danzig, H. 10), Danzig 1938, S. 11.

schaftlich-patriotischen Erwägungen von den mitbetroffenen wirtschaftlichen Ressorts akzeptiert wurde, jedoch widerstrebend. Mit den Mitteln der inzwischen wieder geltenden liberalen Wirtschaftspolitik war er aber nicht zu verwirklichen.⁷⁷ Zweifellos spielte bei der Konzeptionssuche für diese Pläne auch die Unsicherheit an der westlichen Grenze Polens eine Rolle.

In dem Gegensatz zwischen etatistischen und anti-etatistischen Ansichten ist die gesamte Problematik der Unifizierungs- und der Industrialisierungspolitik mit ihren rüstungswirtschaftlichen Implikationen der Jahre bis nach der Weltwirtschaftskrise programmiert, besonders wenn die Zuordnung *Etatisten* = Militärs oder mit ihnen verbundene Politiker der *Legionärsclique* vs. *Anti-Etatisten* = zivile, später auch meist oppositionelle Politiker im Auge behalten wird. Schon bald nach Beendigung der Rußland-Kampagne, noch Ende 1920, setzten sich die Zivilisten in der Wirtschaftspolitik durch. Die von ihnen beeinflusste weitere Wirtschaftsentwicklung verlief ambivalent: die wachstumsgünstigen Auswirkungen der Inflation brachten soziale Belastungen mit sich, auf die die Gegner dieser Politik aus dem Piłsudski-Lager immer wieder genauso hinwiesen wie auf das angebliche Chaos des *laissez faire* — *laissez passer*, das zur einseitigen Begünstigung des sich unsozial gebärdenden Kapitals beitrug.

Daher kam es, daß der Staatsstreich Piłsudskis vom Mai 1926 von vielen Zeitgenossen und auch von Parteien, so u. a. von der KP^{77a} und der PPS, falsch eingeschätzt und unterstützt wurde. Doch schon bald spitzten sich die Gegensätze auch zu jenen Parteien zu, die Piłsudski in der ersten Regierungszeit förderten. Sie konzentrierten sich auf das Parlament. Die Opposition wurde angesichts der auch verbal kraß formulierten und immer wieder praktizierten Mißachtung des Parlaments zunehmend erbitterter und grundsätzlicher. Das wirkte sich sogar in der Wirtschaftspolitik aus.

Im Piłsudski-Lager hatte sich eine besondere Wirtschaftskonzeption durchgesetzt: man war sich klar, daß „eine Zeit der sich ihrer Ziele bewußten Wirtschaftspolitik“ anbreche⁷⁸, wofür eine „Rationalisierung des wirtschaftlichen Lebens“ notwendig sei. Sie solle für das Land „ein Maximum an Sicherheit, ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten, ein Maximum beim Kampf um das Überleben, um Bedeutung und Einfluß“ brin-

77) Grabowski, *Z dziejów kształtowania się*, S. 131.

77a) Die Unterstützung Piłsudskis brachte der KP Polens einen langjährigen innerparteilichen Fraktionskampf, der sie zu spalten drohte; örtlich bestanden verschiedene fraktionelle Organisationen, die eigene „Dispositionszentren“ (Führungen) besaßen und besondere Zentralkomitees zu wählen wünschten. Im Hintergrund spielten auch die Einstellung zum Nationalrat (patriotische Abweichung) und die Stalinisierung der Partei eine Rolle. Die theoretisch rührige und impulsgebende Partei wurde nach Ausschaltung ihrer früheren Parteiführer zunehmend steriler.

78) St. Starzyński: *Myśl państwowa w życiu gospodarczym* [Der Staatsgedanke im Wirtschaftsleben], in: *Na froncie gospodarczym. W dziesiątą rocznicę odzyskania niepodległości 1918—1928* [An der Wirtschaftsfrent. Zum zehnten Jahrestag der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit 1918—1928], Warschau o. J., S. 1—22, hier S. 17.

gen⁷⁹, wozu eine „gleichmäßige und allseitige wirtschaftliche Entwicklung auch der entlegensten Teile der Republik“ als das „Fundament der wirtschaftlichen Bedeutung und Macht des Staates“ zu gehören habe.⁸⁰ Die markige Sprache der Vertreter dieser Gruppe, dazu angereichert mit strategischen und operativen Begriffen, deutete an, woher jene kamen. Es waren ehemalige Militärs, darunter aber auch international bekannte Nationalökonomien, die mit Piłsudski verbunden waren, wie Prof. Edward Lipiński, der nach 1945 in Volkspolen eine bedeutende Rolle spielen sollte.⁸¹ In Anlehnung an die Stammtruppe Piłsudskis aus dem Ersten Weltkrieg nannte man sie „Pierwsza Brygada Gospodarcza“ („Die erste Wirtschafts-Brigade“).⁸²

Der internationale Konjunkturaufschwung mit dem Zufluß von Auslandskapital brachte auch Polen eine Wirtschaftsbelebung und trug dazu bei, daß die Jahre seit dem Mai-Umsturz 1926 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zu Jahren der Prosperität wurden. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung leitete auch gezielte Maßnahmen zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige und Landesregionen ein, von denen man sich zugleich weitere strukturverändernde und belebende Impulse für die Wirtschaft versprach, wobei das San-Weichsel-Dreieck, das bereits 1920/21 als wirtschaftliche Brücke zu Ostpolen, aber auch als rüstungswirtschaftliche „Sicherheitsregion“ in Entwicklungsplanungen einbezogen worden war, besondere Aufmerksamkeit auf sich zog.

Mit einer Verordnung vom 22. März 1928, die bis zum 31. März 1938 befristet war, wurde den sich hier ansiedelnden, vor allem zivilen Industrie- und Gewerbebetrieben für fünfzehn Jahre Steuer- und Abgabefreiheit eingeräumt.⁸³ Bereits ein Jahr früher, 1927, wurde eine ähnliche Förderung dem 1925 in Angriff genommenen Gdingener Hafen zuteil. Aber, und das ist für die diese Politik beherrschende Grundkonzeption von kennzeichnender Bedeutung, auch die restlichen ostpolnischen Gebiete wurden mit Hilfe von steuer- und abgabepolitischen Maßnahmen für die

79) W. Jastrzębski: Rola państwa w procesie racjonalizacji życia gospodarczego [Die Rolle des Staates im Prozeß der Rationalisierung des Wirtschaftslebens], in: Na froncie gospodarczym, S. 23—38, hier S. 23.

80) M. Z. Jaroszyński: Samorząd terytorjalny jako czynnik gospodarczy [Die territoriale Selbstverwaltung als Wirtschaftsfaktor], in: Na froncie gospodarczym, S. 38—47, hier S. 46.

81) G. W. Stobel: Die Kapitalismuskussion in Polen, in: Osteuropa — Wirtschaft 5, Stuttgart 1960, S. 169—181, hier S. 171 ff.

82) Eine genauere Darstellung dieses Problems findet sich bei Rakowski, S. 124 ff.

83) Die Steuer- und Abgabenvergünstigungen wurden nach Art. 2 der VO (Dziennik Ustaw RP, 1928, Pos. 329) an „Bezirks-Elektrizitätswerke, Gasanstalten, Werke der chemischen Industrie, Zellstoff-, Gummi- und Gasmaskenfabriken, Hütten-, Stahl- und Walzwerke, Werke der Maschinen- und Verkehrsmittelindustrie und anderes mehr“ gewährt. Sieht man von den zu fördernden „Gasmaskenfabriken“ ab, macht die Liste einen zivilen Eindruck, obwohl natürlich alle genannten Betriebe auch militärisches Potential herstellen können; dazu vgl. P. Bodte: Die wehrwirtschaftliche Industriepolitik in Polen, in: Osteuropa 13, Königsberg, Berlin 1938, H. 3, S. 165—179, hier S. 169.

Dauer von zehn Jahren in ihrer wirtschaftlichen, vor allem industrie- und gewerbepolitischen Entwicklung gefördert.⁸⁴ Für die Pripjet-Sümpfe erhoffte man sich durch Vermittlung des Völkerbundes sogar internationale Hilfe bei der geplanten Trockenlegung und anschließenden wirtschaftlichen Intensivierung.⁸⁵ An der Wiege aller dieser Vorhaben stand der Industrie- und Handelsminister der Jahre 1926—1930 Eugeniusz Kwiatkowski, der als tatkräftiger Wirtschaftsplaner bereits das Attribut besaß, „Vater des Hafens von Gdingen“, der auf seine Planungen zurückgeht, zu sein.

Bedeutsam für die politische Einschätzung dieser Förderungsmaßnahmen war aber der Umstand, daß weder rüstungswirtschaftliche noch die auf die Deckung zivilen Bedarfs abgestellten Produktionsstätten, die übrigens förderungsmäßig gleich behandelt wurden, sondern zivile infrastrukturelle, die Grundlage für eine breitgestreute Industrialisierung bildende Investitionsvorhaben, so der Mietwohnungsbau, besonders begünstigt wurden, was der politischen Vordringlichkeit einer aufzubauenden Rüstungsindustrie zu widersprechen scheint, die weniger noch als der Wohnungsbau gefördert wurde.

Bei der wirtschaftspolitischen Orientierung der Fachleute aus der „Pierwsza Brygada Gospodarcza“ und der Einstellung Piłsudskis zum Staatshaushalt und zu dessen konjunkturpolitischem Einsatz war es nicht verwunderlich, daß der liberalen Politik der steuer- und abgabepolitischen Investitionsanreize ein ergänzendes stimulierendes und regelndes Engagement des Staates beigegeben werden sollte. Piłsudski bemühte sich in seiner Amtszeit als Ministerpräsident und Verteidigungsminister mit Hilfe der in seinem Fachressort eingesparten Gelder⁸⁶ (die er sich wegen seiner Gegensätze zum Parlament nicht erst von diesem neu zuweisen lassen wollte, auch weil er eine Ablehnung befürchtete⁸⁷) im „Sicherheitsdreieck“ die Ansiedlung von Leitindustrien für die Industrialisierung zusätzlich zu fördern, die gemäß seinen Einsichten bezüglich einer eigenen Rüstungsindustrie weitgehend wehrwirtschaftlichen Charakter besaßen und die Bemühungen um eine Industrialisierung und strukturverändernde Unifizierung des Staatsgebietes zwar nur geringfügig ergänzten, sie aber in ein anderes, strategisches Licht rücken ließen.

84) Landau, Tomaszewski, Zarys historii gospodarczej Polski 1918—1939, S. 111.

85) Vgl. Sprawozdanie Komitetu Ekspertów przedłożone Rządowi Polskiemu przez Ligę Narodów o programie budowy dróg wodnych w Polsce, wykorzystaniu ujść morskich i dróg dojazdowych do nich dla przewozu węgla oraz o osuszeniu bagien poleskich [Bericht des Expertenkomitees, vom Völkerbund der Regierung Polens vorgelegt, über ein Programm zum Bau von Binnenwasserstraßen in Polen, über die Nutzung des Zugangs zum Meer und der Zufahrtswege für Kohletransporte und über die Trockenlegung der Sümpfe von Polessje], Warschau 1928.

86) In Polen galt das Prinzip monatlicher Geldverwendung im jährlich aufzustellenden Etat. Die Monatsspitzen verfielen, weil sie nicht in den nächsten Monat übertragbar waren. Piłsudski zweckentfremdete für Investitionen die zu sperrenden Monatsspitzen, die er durch Sperrmaßnahmen möglichst hoch zu halten suchte.

87) Piłsudski, Bd IX, S. 159 ff.

Durch die militärischen Vokabeln, mit deren Hilfe die Diskussion um die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in dem Kreise militärisch geprägter Persönlichkeiten der Führungsschicht geführt wurde, wurde ihre essentiell wirtschaftspolitische Motivierung ebenfalls unverhältnismäßig stark überdeckt. Aber selbst in der militärpolitischen und militärtheoretischen Argumentierung ging man nicht von der Leistungsfähigkeit nur der Rüstungsindustrie aus, die anzustreben wäre. Man verstand den künftigen Krieg auch in Piłsudskis Legionärskreisen und unter seinem Anhang vielmehr als einen „Krieg der Industrien, einen Wettlauf der Arbeit und des technologischen Wissens der kämpfenden Völker“, wobei der Sieg nicht durch die Menge der Waffen allein, sondern durch die gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit eines Volkes, also durch sein gesamtes Potential, determiniert sein werde. Man ging durchaus von einer „totalen Mobilisierung“ für den Krieg aus, vom totalen Krieg, wie er später, wenn auch nicht von Polen, proklamiert werden sollte⁸⁸, was aber in der heutigen Argumentierung untergeht.

In den Auseinandersetzungen um die eigenwillige Finanz- und Etatpolitik Piłsudskis in der gespannten Atmosphäre des in seiner Bedeutung und in seinem Ansehen von ihm immer wieder desavouierten Parlaments wurde das wehrwirtschaftliche und strategische Sicherheitsmoment für die Etatmißgriffe, also vor allem für die Investitionen im San-Weichsel-Dreieck, als werbende Kraft, der sich auch die geschmähten Oppositionspolitiker nicht entziehen konnten, erkannt und deswegen ganz besonders hervorgehoben, ja, deutlich gegenüber den vorherigen Absichten und dem damit Gewonnenen überbetont. Man beabsichtigte, die auf absoluten Kollisionskurs gegangenen Oppositionsparteien am patriotischen Portepée der Landesverteidigung zu fassen. Auf diese Weise hoffte man, nicht nur eine Exkulpation für Piłsudski zu erreichen, sondern möglicherweise sogar eine Unterstützung für die durch seine formalen Verstöße gegen geltendes Haushaltsrecht belastete regionale Entwicklungspolitik mit ihren wehrwirtschaftlichen Aspekten zu erhalten, eine Unterstützung, die nicht nur die Regierung Piłsudskis politisch gestärkt, sondern auch zu einer wirtschaftlichen Leistungssteigerung und politisch sich auszahlenden sozialen Umstrukturierung des Landes beigetragen hätte, ganz zu schweigen von den auch rüstungsindustriellen Vorteilen.

Diese Absicht mißlang jedoch bereits im Parlament. Die wenig später einsetzende Weltwirtschaftskrise machte auch alle anderen Ansätze für die Verwirklichung der mit der Verordnung vom Jahre 1928 geplanten, entscheidend von Kwiatkowski geprägten Industrialisierungspolitik in der — wie man sie innerpolnisch damals vor allem nannte — „Region der Industrieförderung“⁸⁹ vorerst zunichte. Was blieb, war der militärpolitisch damals zwar noch aufrecht zu erhaltende, in der Form aber ganz zweifellos unrichtige Eindruck, Piłsudskis wirtschafts- und finanzpolitische Absichten hätten nur dem Zweck gedient, eine rüstungsindustrielle Sicher-

88) I. Boerner: *Rozwój przemysłu wojennego 1918—1928* [Die Entwicklung der Kriegsindustrie 1918—1928], in: *Na froncie gospodarczym*, S. 292.

89) ebenda, S. 289.

heitszone, eine „Kriegsgerätezone“, wie man deutscherseits ebenfalls sagte, im Herzen Polens aufzubauen, die allein militärpolitischen und rüstungswirtschaftlichen Überlegungen entsprungen und untergeordnet gewesen wäre; dieser Eindruck haftete noch dem Geschehen um das Zentrale Industrieviertel (COP) an, das ja mit der „Region der Industrieförderung“ identisch war. Einem solchen einseitigen Verständnis steht schließlich noch ganz besonders entgegen, daß im internen Kreis des Ministerrates die unifizierenden, sozialwirtschaftlichen Absichten und Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik betont wurden und ihnen gegenüber die rüstungswirtschaftlichen Überlegungen deutlich zurücktraten.⁹⁰

Die verzerrte Deutung der Wirtschaftsmaßnahmen in Zentralpolen, die aus der im Lande zweckpolitisch geführten Diskussion aber durchaus ableitbar war, kam den politischen Interessen der Reichswehr am Ende der zwanziger Jahre sehr entgegen. Deswegen wurde sie zur Rechtfertigung der eigenen politischen Ansprüche in der Weimarer Republik außerordentlich bereitwillig aufgegriffen und noch weiter einseitig überbetont. In dieser Form bestimmte sie auch das westeuropäische Verständnis über innerpolnische Vorgänge, für dessen Herausbildung die Zwischenstation Deutschland seit jeher eine große Bedeutung besaß.⁹¹ Auf diese Art und Weise wurde die Betrachtung dieses Abschnittes der polnischen Geschichte aber bis auf den heutigen Tag in Westeuropa grob verzerrt, mittlerweile noch durch eine einseitige Geschichtsschreibung genährt.

3. Ähnlich verzerrt werden auch viele Ansichten bezüglich der langfristigen Wirtschaftsplanung in Polen seit 1935 und ihrer angeblich ursächlichen Verzahnung mit Militärinteressen und Rüstungsindustrie gesehen. So ist anzuzweifeln, ob „nirgends die Entschlossenheit der herrschenden Klasse zu einer eigenen Waffenproduktion so konsequent umgesetzt worden [war], wie gerade in Polen“, wobei dann „die Formel“ hierzu — zum Aufbau einer Rüstungsindustrie und zur Modernisierung der polnischen Streitkräfte — in der „Planwirtschaft gefunden [wurde]“.⁹² In solchen Überlegungen wird nicht nur die politische Entwicklung verzerrt, sondern zugleich auch noch der wirtschaftliche Prozeß und seine innere Logik auf den Kopf gestellt. Die Vorbehalte müssen auch auf einige andere Probleme in diesem Zusammenhang ausgedehnt werden. Im allgemeinen wird nicht in genügendem Maße zwischen dem zivilen Vierjahresplan und dem Modernisierungsplan für die Streitkräfte sowie ihren verschiedenen Zielen und unterschiedlichen Erfolgen differenziert, ja, es wird

90) Vgl. Protokoll der 4. Sitzung des Ministerrates vom 3. Februar 1928, Archivum Akt Nowych, Warschau, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów, Bd 41.

91) Bodte spricht in diesem Zusammenhang von einer „Kriegsgerätezone“ in Mittelpolen (vgl. Bodte, S. 169). Auch Else und Poralla deuten die Industrialisierungsbemühungen in dieser Weise, der sich übrigens auch alle anderen in Deutschland mit diesem Problem befaßten Autoren anschlossen. Vgl. A. H. Else: Voraussetzungen der polnischen Aufrüstung, in: Der Vierjahresplan 2, Berlin 1938, Nr. 6, S. 347—349; C. O. P. Das Zentrale polnische Industrieviertel, S. 7 ff.; C. Poralla: Ein Fünfzehnjahresplan zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung, in: Jomsburg 3, Berlin 1939, Nr. 1—2, S. 1—23, hier 2 ff.

92) Hauner, S. 345.

sogar der Eindruck erzeugt, als ob beide miteinander irgendwie verschmolzen wären und als ob der Modernisierungsplan der Streitkräfte im wesentlichen ein industrieller Investitionsplan gewesen wäre.

Die sozialen und politischen Spannungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise warfen schon frühzeitig die Frage nach der Richtigkeit der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik mit ihrer totalen „sozialen“ Deflation auf, die für die vielfältigen Belastungen nicht zu Unrecht mit einem Großteil der Schuld belegt wurde.⁹³ Die Anhänger einer antideflationistischen Politik gewannen immer mehr an Boden. Auch die Oppositionsparteien griffen die sozialen Folgen der Deflationspolitik an und verlangten einen neuen Wirtschaftskurs.⁹⁴ Im Kabinett Zyndram-Kościalkowski, das noch deflationistisch zu agieren begann, wurden dann bereits die Weichen für einen neuen Kurs gestellt.

Eugeniusz Kwiatkowski, der Vater der schon in den zwanziger Jahren begünstigten „Region der Industrieförderung“ und einiger punktueller Entwicklungsvorhaben, wie des Hafens von Gdingen, seit 1930 dann auch außerhalb der Regierungsverantwortung, die er wegen Meinungsverschiedenheiten zu Piłsudskis Verhalten gegenüber oppositionellen Politikern quittierte, für eine gezielte, staatlich angekurbelte und geförderte Industrialisierung wirkend — er war Nachfolger Mościckis als leitender Direktor der Chemiewerke von Mościce⁹⁵ —, griff als Finanzminister im Jahre 1935 auf seine vorher proklamierten Konzeptionen zurück. Von den drei Möglichkeiten — 1. liberal-kapitalistische Wirtschaftspolitik; 2. Weiterführung der bisherigen Politik mit ihrem Oszillieren um teilweise sogar antagonistische Vorstellungen, so daß keine dauerhaften Erfolge zu verzeichnen sein dürften; 3. eine Suche nach neuen Wegen, die sogar bis zu einer Änderung des Wirtschaftssystems reichen könnten — entschied er sich für die letztere mit der Einschränkung, daß für sie nicht die modernen Wirtschaftsschlagworte „Planwirtschaft“ oder „Staatssozialismus“ bestimmend sein sollten, die er als Ausdruck der deutschen bzw. der russischen systempolitischen Lösung empfand. „Die nötige Reform- und Rekonstruktionstendenz des Wirtschaftslebens sollte man lieber mit dem Etikett ‚Organische Wirtschaft‘ oder organische Wirtschaftspolitik statt Planwirtschaft oder dirigistische Wirtschaft belegen“ — meinte er bei der Beschreibung der Richtung der möglichen Systemveränderung in Polen.⁹⁶ Trotzdem sah er die Notwendigkeit eines „längerfristigen, durchdachten Plans“ für die staatlichen Investitionszuwendungen ein: „Dieser Plan sollte nicht nur

93) K n a k i e w i c z, *Deflacja polska*, S. 95 ff.; Lipinski, a. a. O.; Strobels, *Arbeiterschaft und Linksparteien*, S. 67 ff.

94) M. Drozdowski: *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939* [Die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung 1936—1939], Warschau 1963, S. 42 ff.; H. und T. Jędruszczyk, S. 189 ff.

95) E. Kwiatkowski: *Dysproporcje. Rzecz o Polsce przeszłej i obecnej* [Disproportionen. Eine Abhandlung über das gewesene und das gegenwärtige Polen], Krakau 1932.

96) E. Kwiatkowski: *Kryzys współczesny i zagadnienie odbudowy życia gospodarczego* [Die gegenwärtige Krise und das Problem des Wiederaufbaues des Wirtschaftslebens], Warschau 1935, S. 32.

eine Prioritätsliste der eigentlichen Investitionszuwendungen und der öffentlichen Arbeiten und der mit ihnen verknüpften Anleihepolitik beinhalten, sondern darüber hinaus eine Aktion für eine stufenweise Änderung der sozialen Struktur programmieren. Sagen wir es uns einmal ganz offen und hart: unser Wirtschaftsleben benötigt für seine Entwicklung und seinen Fortschritt weder Zölle noch den Protektionismus, weder Prohibition noch Exportprämien, Subventionen oder Steuerflucht, sondern es benötigt Konsumenten im Lande, die es heute nicht gibt.“⁹⁷

In seinen Bestrebungen, über einen sozialwirtschaftlichen Aufschwung Nachfrage (Konsumenten) zu schaffen, wurde er vom Staatspräsidenten Mościcki unterstützt und bestärkt, mit dem er freundschaftlich verbunden war und der sich nach dem Tode Piłsudskis nicht nur gegen die Militärclique um Rydz-Śmigły eine gehörige Portion politischer Eigenständigkeit zu bewahren, sondern die Militärs zeitweilig, insbesondere in den Jahren 1935—1936, sogar offen in die Schranken zu weisen verstanden hatte, so mit der Berufung des Kabinetts Zyndram-Kościałkowski und mit der Durchsetzung der Kabinettszugehörigkeit für Kwiatkowski auch im folgenden Kabinett Sławoj-Skłodkowski, das einen Kompromiß Mościcki/Rydz-Śmigły bedeutete.⁹⁸ Das Verhältnis Kwiatkowskis zu den Militärs, insbesondere zu Rydz-Śmigły, war während seiner Regierungszugehörigkeit in den Jahren 1935—1939 außerordentlich belastet, wobei er wegen offener Kritik an seiner zivilen Investitions- und Finanzpolitik, die im Gegensatz zu den Erwartungen der Militärs stand und sowohl in Denkschriften wie auch öffentlich vor dem Sejm noch im Dezember 1938 von deren Interessenträgern angegriffen wurde, nur mit Mühe und unter Aufbietung aller Schlichtungskünste des Staatspräsidenten Mościcki von einem Rücktritt Ende 1938 zurückgehalten werden konnte.⁹⁹

Aber auch zu Piłsudski hatte Kwiatkowski, der nur mit Vorbehalten der Gruppe der „Pierwsza Brygada Gospodarcza“ zugerechnet werden konnte, trotz sonstiger Unterstützung für seine Industrialisierungskonzeptionen nicht immer die für seine Aufgabe nötigen guten Beziehungen besessen. Besonders seine Vorbehalte gegenüber Piłsudskis Etatpolitik im Hinblick darauf, daß die geförderten Werke in der Regie des Verteidigungsministeriums verbleiben und nicht dem zuständigen Ressort unterstellt werden sollten, trugen dazu bei; sie waren in Wirklichkeit wohl eine Kritik an der zunehmenden Rolle fachfremder Militärs in der Wirtschaftsverwaltung. Diese Vorbehalte gaben auch keine guten Voraussetzungen für eine

97) Kwiatkowski, Kryzys, S. 45.

98) Pobóg-Malinowski, S. 772 ff.; A. Micewski: W cieniu marszałka Piłsudskiego. Szkice z dziejów myśli politycznej II Rzeczypospolitej [Im Schatten Marschall Piłsudskis. Skizzen zur Geschichte der politischen Ideen in der Zweiten Republik], Warschau 1969, S. 350 ff.

99) Sławoj-Skłodkowski, Nie ostatnie słowo oskarżonego, S. 156 ff., berichtet anschaulich, wie er immer wieder zwischen Kwiatkowski und Rydz-Śmigły wegen der Weigerung Kwiatkowskis vermitteln mußte, mehr Investitionsmittel der öffentlichen Hand für die Rüstungsindustrie und die sonstigen militärischen Belange zur Verfügung zu stellen, weil er eine Inflation befürchtete, die den Staat in Gefahr stürzen könnte.

Zusammenarbeit in der Zeit der Industrialisierung nach 1935 ab, die von den Militärs als eine Zeit ihrer Machtstärkung, eben auch in wirtschaftlicher Hinsicht, empfunden wurde. Kwiatkowskis Eintreten für die oppositionellen Politiker im Jahre 1930, die unter Mißachtung geltenden Rechts verhaftet und vor Gericht gestellt wurden, brachte ihm dann nicht nur die ganze Mißachtung und Antipathie des selbstherrlichen Marschalls ein, sondern ließ ihn auch in den Augen der Nachfolger als eine politisch nicht genügend integre Persönlichkeit erscheinen, ganz besonders, nachdem er sich auch noch im Frühjahr 1939 für den aus der Emigration zurückgekehrten bäuerlichen Oppositionsführer Witos eingesetzt hatte. Das alles zeigt Kwiatkowski aber als einen nüchternen, gerechten, ausgleichsbereiten und den zivilen Bereich bevorzugenden Politiker.

Diese Hintergründe sind von außerordentlich großer Bedeutung für die Beurteilung der Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, ihrer standortpolitischen Eigenheiten und des Stellenwerts der Rüstungsindustrie in der eingeleiteten Industrialisierungspolitik, die nach Meinung der Militärs, insbesondere auch Marschall Rydz-Śmigłys, von Kwiatkowski viel zu zögernd und entschieden zu wenig gefördert wurde und zu sehr hinter den zivilen Investitionen und Industrialisierungsvorhaben zurückzustehen hatte.

In seinem Bericht vor einer Sonderkommission des Parlaments vom 10. Juni 1936, der in Wirklichkeit das Wirtschaftsprogramm des neuen Kabinetts war, betonte Kwiatkowski die Notwendigkeit der Bekämpfung der politisch und sozial verderblichen, eine Gefahr für den Staat bildenden Arbeitslosigkeit, wofür „die Ergänzung unserer Wirtschaftsausrüstung, also die Stärkung unserer Produktionskräfte, vor allem in Anlehnung an heimische Rohstoffe, und die Steigerung der Binnennachfrage“ notwendig seien.¹⁰⁰ Neben der Errichtung neuer Produktionskapazitäten meinte er offenbar auch die mit den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln der Unternehmen kaum zu schaffenden Reinvestitionen. Vielerorts war bereits eine verderbliche Dekapitalisierung zu beobachten, die eine Beeinträchtigung der Produktions- und der Beschäftigungsmöglichkeiten bedeutete.¹⁰¹ Eine Industrialisierung, wie beabsichtigt, hatte sich also nicht nur auf die Errichtung neuer Kapazitäten, sondern auch auf die Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Substanz in bereits bestehenden Werken, also auf die Reinvestition, zu konzentrieren. Ihr Kriterium war ja eine Steigerung der gesamtindustriellen Produktion ohne regionale Benachteiligung.

Für das richtige Verständnis der mit dem Kabinett Sławoj-Składkowski eingeleiteten Entwicklung ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß für die zentralpolnische „Region der Industrieförderung“ alle von der Regierung eingeräumten Steuer- und Abgabefreiheiten noch bis Ende März 1938 galten, so daß bei allen Überlegungen zur Aufstellung eines Investitionsplanes darauf rekuriert werden konnte. Weiterhin ist zu bedenken, daß der Staat kapitalmäßig am Bankgeschäft mit 35 v. H. beteiligt

100) Polska gospodarcza, Warschau, 13. 6. 1936.

101) H. und T. Jędruszcak, S. 180.

war, wobei das Verhältnis der Einlagen in den staatlichen Banken zu den Privatbanken Ende 1935 sogar wie 1,2 : 1,0 war, also die Planungen durch die große Bedeutung der Staatsbanken bei der Kreditschöpfung begünstigt wurden.¹⁰² Ähnlich einzuschätzen ist der Umstand, daß der Anteil der in staatlicher Regie befindlichen Werke gerade in den für eine Industrialisierung besondere Bedeutung besitzenden Produktionszweigen an der jeweiligen polnischen Gesamtproduktion ebenfalls hoch war: Kohle 20 v. H., Eisenverhüttung 55 v. H., Werkzeugmaschinenbau 30 v. H. und Chemie 25 v. H.¹⁰³

Kwiatkowski wurde bei seinen Bemühungen um eine wirtschaftspolitische Neuorientierung mit einer zielstrebigem, vom Staate aktiv (etatistisch) geförderten und daher auch zumindest teilgelenkten, aber im Kern privatkapitalistischen Industrialisierung, die sich auch auf verschiedene, den polnischen Verhältnissen angepaßte Elemente und Konzeptionen des Rooseveltischen New Deal besann, so daß sie ihm nicht unähnlich war, im Regierungslager außer von Staatspräsident Mościcki mit seiner „Zamek“- [„Schloß“-] Gruppe auch von Teilen der engeren Legionärs- und Militärclique unterstützt. Bereits im Dezember 1935 hatte der Industrie- und Handelsminister Górecki eine Expertensitzung zu Fragen eines optimaleren Einsatzes staatseigener Unternehmungen durchgeführt, die auf der einen Seite zur Einsetzung einer „Etatistischen Kommission“ in diesem Sinne, aber auch zu Überlegungen führte, wie unrentable Staatsunternehmungen über eine Reprivatisierung rentabilisiert werden könnten. Im Gegensatz zu der „Obersten“-Fraktion des Marschalls Rydz-Śmigły handelte es sich bei Vertretern dieser Bemühungen um die liberalere und technokratisch orientierte „Naprawa“- [„Verbesserer“-] Gruppe, die sich der Schwere und der politischen Bedeutung der sozialen Konflikte sehr viel bewußter als die „Obristen“-Fraktion war und der viele der „Pierwsza Brygada Gospodarcza“-Leute zuzurechnen sind. Die „Naprawa“-Gruppe erhielt ihren Kopf in Minister Kwiatkowski. Auf dem Hintergrunde der einzuschlagenden Wirtschafts- und Sozialpolitik kristallisierten sich also im Regierungslager, trotz aller sonstigen Differenzierung, zwei große Fraktionen heraus, die Fraktion der Technokraten und die Fraktion der Militärs, die bei gleicher Bereitschaft, angesichts der innerpolnischen Schwierigkeiten das Ansehen und die Bedeutung des Vaterlandes zu mehren und den Staat in seiner Unabhängigkeit zu erhalten und zu stärken, entsprechend ihrer Orientierung von verschiedenen Grundkonzeptionen geleitet wurden: einer vorrangig zivilen und einer entschieden militärpolitischen. Die meisten Konflikte im Regierungslager, insbesondere zwischen den beiden Interessenträgern Rydz-Śmigły und Kwiatkowski, bei denen dann auch Mościcki Vermittler war, sind auf die Fraktionsbildungen und Interessengruppen zurückzuführen.

102) Sprawozdanie Komisji do Zbadania Przedsiębiorstw Państwowych [Bericht der Kommission zur Untersuchung der Staatsunternehmungen], Warschau 1939, S. 229. Wirtschaftsarchiv des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel; Mały Rocznik Statystyczny 1939, Warschau, S. 233.

103) Sprawozdanie Komisji do Zbadania Przedsiębiorstw Państwowych, S. 229.

Die ersten staatlichen Industrialisierungseingriffe wurden unter Finanzminister Kwiatkowski noch im Kabinett Zyndram-Kościałkowski beschlossen. Am 25. April 1936 bewilligte die Zentralnotenbank „Bank Polski“ die ersten staatlichen Investitionskredite. Sie wurden „zivil“ eingesetzt und firmierten damals noch als „Kredite zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.¹⁰⁴ Diese Kredite, die die Aufgabe besaßen, die Konjunktur anzukurbeln, leiteten zur zivilen Vier-Jahres-Investitionsplanung über, an der bereits zu der Zeit, da die Kredite bewilligt wurden, gearbeitet wurde. Der von Kwiatkowski forcierte, im Dezember 1935 durch Ministerratsbeschluß initiierte Vier-Jahres-Investitionsplan, zu dessen Erstellung der Ministerrat am 7. Februar 1936 eine Investitionskommission mit sehr weiten Planungs- und Lenkungsrechten im zivilen Bereich berief, trat am 1. Juli 1936 in Kraft und sollte bis zum 30. Juni 1940 einen staatlichen Investitionsaufwand von 1,65—1,8 Mrd. Zł. bringen, was ungefähr ein Viertel der Staatseinnahmen des Haushaltsjahres 1936/37 ausgemacht hätte. In den einzelnen Planjahren sollten ca. 340 Mill., 400 Mill., 470 Mill. und 590 Mill. Zł. aufgewendet werden.¹⁰⁵

Die vorgesehenen Investitionsleistungen waren im Vergleich zu früheren Jahren keineswegs herausragend oder wirtschaftlich besonders erfolgreich. Selbst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise hatte man jährliche Staatsinvestitionen zwischen 280—370 Mill. Zł. getätigt. Der wirtschaftliche Erfolg wurde erst gewährleistet, als man mit Hilfe zusätzlicher Mittel aus der französischen Rüstungsanleihe von 1936, deren erste Rate Anfang 1937 einging, die Entwicklungsplanungen durch eine Aufstockung der Investitionsmittel auf 2,4 Mrd. Zł. vorfristig erfüllte, wobei dann sogar 2,67 Mrd. Zł. investiert wurden, weil in den einzelnen Jahren staatlicherseits mehr angelegt werden konnte als vorgesehen, wie z. B. im ersten Planjahr um 56 v. H.¹⁰⁶ In seinem überschrittenen Maximal-Planungsschnitt wurde der Investitionsplan bereits nach drei anstelle von vier Jahren erfüllt.¹⁰⁷

Es machte die Besonderheit des Investitionsplanes aus, daß wenige, regional eingegrenzte Schwerpunkte mit Mitteln bedacht werden sollten, was eine größere politische und soziale Effizienz versprach. Im Februar 1937 entschied man sich für die politisch und sozial besonders desintegrierten mittelpolnischen Gebiete als einzigen Schwerpunkt, für den noch Steuer- und Abgabefreiheiten galten, also für die „Region der Industrieförderung“, die als das Zentrale Industriegebiet (COP) bekannt werden sollte. Unterstützt durch die staatliche Investitionspolitik, die nahezu ausschließlich auf

104) Z. Karpiński: *Bank Polski 1924—1939. Przyczynę do historii gospodarczej okresu międzywojennego* [Die „Bank Polski“ 1924—1939. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit], Warschau 1958, S. 183.

105) E. Kwiatkowski: *Ku przebudowie gospodarczej. Wytoczne inwestycji państwowych* [Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Umstrukturierung. Richtlinien für Staatsinvestitionen], Warschau 1937, S. 10 ff.

106) ebenda, S. 10. Im darauffolgenden Jahr wurden 914,3 Mill. Zł. investiert. Vgl. dazu auch: E. Kwiatkowski: *O wielkość Rzeczypospolitej* [Um die Größe der Republik], Warschau 1938, S. 39 f.

107) H. und T. Jędruszcak, S. 180.

die Infrastruktur gerichtet war, sollten private Investoren noch stärker als bisher angelockt werden. Durch die Einbeziehung der Zusatzmittel aus der zweckgebundenen französischen Rüstungsanleihe allein in den Ausbau des COP erhielt der Investitionsplan für dieses Gebiet einen allerdings früher nicht vorgesehenen rüstungsindustriellen Aspekt, der aber schließlich auch eine intensivere Entwicklung als die ursprünglich vorgesehene mit sich bringen mußte. Damit wurde ferner aber auch eine engere Verzahnung der vornehmlich auf die Mitbeteiligung privater Investoren ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklungsplanung mit der militärischen Bedarfs- und Rüstungsindustrieplanung herbeigeführt.

Die zivile Orientierung der staatlichen Entwicklungsplanung und der Investitionspolitik Kwiatkowskis sowie der Verteilung der Mittel wurde von der Vorstellung Kwiatkowskis und der Technokraten bestimmt, daß es möglichst keine staatlichen Rüstungsindustrien in eigener Regie geben solle. Die private Industrie vermöge nämlich die Aufgabe der militärischen Rüstung ebenfalls zu erfüllen. Eine reine Rüstungsindustrie würde, wenn sie keinen Außenmarkt fände, im Zeitpunkt der Sättigung der eigenen Nachfrage eine volkswirtschaftlich nachteilige Bindung produktiver Mittel mit sich bringen und dadurch die volkswirtschaftliche Effizienz beeinträchtigen, ganz besonders in ähnlich kapitalarmen Ländern wie Polen. Allerdings war diese Konzeption, sofern sie den zivilen Produktionsbereich verließ, sofort durch den hohen Anteil ausländischer Kapitalien, darunter auch deutscher, an der polnischen Industrie belastet, die insbesondere in Bereichen mit streng rüstungsindustrieller Bedeutung beteiligt waren.¹⁰⁸ Doch auch die theoretischen Ansichten vom künftigen Krieg, wie sie in Polen herrschten, fanden in der industriepolitischen Konzeption der Technokraten einen bezeichnenden Niederschlag, die übrigens von Erfahrungen mit den bestehenden Rüstungswerken, die trotz Waffenexports wegen unzureichender eigener Militärnachfrage kapazitätsmäßig teilweise in sehr bedeutendem Maße nicht ausgelastet werden konnten, bestätigt wurde.¹⁰⁹ Schließlich vertrat Kwiatkowski noch Anfang 1939 die Konzeption einer vorsichtigen Kreditpolitik, um angesichts des psychologischen Fetischs einer stabilen Währung in der Bevölkerung eine Überinvestitionskonjunktur mit inflatorischen Nebenwirkungen zu vermeiden, was aber die in-

108) Wellisz errechnete, daß zu Anfang der Jahre 1931 und 1937 die Anteile des Auslandskapitals folgende Prozentsätze am gesamten Auslandskapital in polnischen Aktiengesellschaften ausmachten: französisches 25,8 v. H. und 27,1 v. H.; der USA 21,3 v. H. und 19,2 v. H.; deutsches 25,0 v. H. und 13,8 v. H. sowie belgisches 25,0 v. H. und 13,8 v. H. Alle anderen Kapitalgeber lagen 1931 unterhalb der 10-v. H.-Grenze (vgl. L. Wellisz: *Foreign Capital in Poland*, London 1938, S. 151). Der Anteil des durch die Übernahme der AG „Wspólnota Interesów“ von Flick durch den polnischen Staat gegen Zahlung von einem Gegenwert von 200 Mill. Zł., die als Kohlelieferungen erfolgen sollten, zurückgegangenen deutschen Kapitals scheint aber 1937 doch noch größer als von Wellisz errechnet gewesen zu sein (vgl. A. Grodek: *Rozwój kapitalizmu na Górnym Śląsku* [Die Entwicklung des Kapitalismus in Oberschlesien], Posen 1948, S. 24).

109) Rawski, Stąpor, Zamojski, S. 34.

dustrie- und geldpolitische Zurückhaltung gegenüber reinen rüstungswirtschaftlichen Investitionen erklärt.

Innerhalb des Vier-Jahres-Investitionsplans, der alle Ressorts und damit auch die Landesverteidigung durchaus berücksichtigte, partizipierten die „militärischen Investitionen“ — im polnischen Sprachgebrauch bedeutungsmäßig aber nur als Zuwendungen verstanden — an den „wirtschaftlichen“ (zivilen), wie sie Kwiatkowski unterschied, mit 400 Mill. Zł., also mit 100 Mill. Zł. im jährlichen Durchschnitt.¹¹⁰ Diese Summe wurde von den Militärs als völlig unzureichend empfunden, besonders weil damit keine rüstungsindustriellen Anlagen geplant waren, wobei Kwiatkowskis Tendenz, militärisch wichtige, aber unproduktive infrastrukturelle Investitionen anderer Ressorts entgegen ursprünglicher Zusicherungen infolge der Kapitalknappheit erstmals schon 1937 zu beschneiden, ärgerliche Interventionen beim Premier Sławoj-Skłodkowski nach sich zog.¹¹¹ Auch blieb die in den zivilen „Thesen zur Realisierung des Vier-Jahres-Investitionsplans“ vorgesehene „weitestmögliche Beteiligung“ des Verteidigungsministeriums an der Wahrnehmung der „Interessen der Verteidigungsfähigkeit“ bei den Planarbeiten eine bloße Absichtserklärung, da gerade diese Interessen als die einzigen in der ersten Planfassung, die bis zur Aufstockung der Investitionsmittel aus der französischen Rüstungsanleihe galt, überhaupt nicht berücksichtigt waren. Ebenso wurden die zuständigen militärischen Stellen nicht konsultiert. Auch Kwiatkowskis wirtschaftsprogrammatische Rede vom 10. Juni 1936 berücksichtigte das wehr- und rüstungspolitische Interesse der Militärs überhaupt nicht und ging von einer rein zivilen Entwicklungsplanung ohne irgendwelche militärische und rüstungsindustrielle Implikationen aus.¹¹²

Als zentrale Lenkungsinstrumente wurden der Investitionskommission in der ersten Hälfte 1936 das Büro für die Kontrolle und die Finanzierung des Investitionsplanes und das Büro für Landesplanung beigegeben, womit ein eigenes System für den zivilen Bereich geschaffen wurde, das in die anderen Ministerien regulierend über Verbindungsstellen eingreifen durfte und eine weitere Stütze im relativ breiten Bereich der Staatsunternehmen hatte.¹¹³

110) Brief Kwiatkowskis an Verteidigungsminister General Kasprzycki vom 13. 11. 1936 zur Frage der Realisierung des Investitionsplans, in: *Najnowsze dzieje Polski 1914—1938*, Warschau 1967, Nr. 11, S. 244—245, hier S. 244.

111) Memorandum des Generalstabschefs General Stachiewicz an den Ministerpräsidenten vom 22. 12. 1936, ebenda, S. 232—243.

112) T. G r a b o w s k i: *Inwestycje zbrojeniowe w gospodarce Polski Międzywojennej* [Rüstungsinvestitionen in der Wirtschaft Zwischenkriegspolens], Warschau 1963, S. 114 ff.

113) Bernadzikiewicz geht davon aus, daß 1938 der Staat nach Ausdehnung seines wirtschaftlichen Besitzstandes, auch durch Ablösung deutschen Kapitals, in einigen Produktionszweigen eine überragende Bedeutung als Unternehmer spielte. Abgesehen von den traditionellen Staatsmonopolen wie Post, Eisenbahn, Tabak- und Spirituosenproduktion usw. soll der Staat 70 v. H. der Hüttenindustrieproduktion, 25 v. H. der Kohleförderung, 20 v. H. der Erdgasproduktion, 50 v. H. der Werkzeugmaschinenindustrie und 25 v. H. der Chemieproduktion in eigener Regie erbracht haben (vgl. T. Bernadzikiewicz: *Koncern*

Durch alle diese Einzelheiten wurde aber die Entscheidung der verantwortlichen Militärs beeinflußt, einen eigenen „Plan zur Modernisierung und zum Ausbau der Streitkräfte“ aufzustellen, der neben dem Vier-Jahres-Investitionsplan zusätzlich zu finanzieren und durchzuführen gewesen wäre. Der Plan wurde ursprünglich für eine vierjährige Laufzeit entworfen und finanziell ausgestattet, doch als man einsah, daß es Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der Mittel geben werde, wurde bei gleichem Finanzvolumen die Laufzeit auf sechs Jahre ausgedehnt. Er schloß, gewissermaßen ergänzend und nur am Rande, auch den Ausbau alter und den Aufbau neuer Rüstungswerke ein, wobei bei der Planung die ökonomischen Überlegungen nicht weniger Raum eingeräumt erhielten als die strategischen, was z. T. auf die gleichen Wurzeln wie die zivile Orientierung bei Kwiatkowski zurückzuführen ist. Merkmal der Überlegungen im Generalstab war zum einen die anzustrebende größtmögliche Wirtschaftlichkeit der Lösungen, wobei die Stärkung des militärischen Rüstungspotentials zum anderen in die allgemeinen Industrialisierungsbemühungen des Staates eingebettet werden sollte. Hier begegneten sich die militärischen und die zivilen Interessen auf einer vertretbaren, ausgewogenen Plattform, was man heute bei der eher dämonisierten Darstellung der polnischen Entwicklung nach 1935 gar zu sehr aus den Augen verliert. Man sollte sich klar machen, daß letzten Endes auch in den militärpolitischen und rüstungsindustriellen Planungen die innerpolnische Interessenslage und die innenpolitische Situation des Landes gegenüber exogenen Faktoren Vorzug erhielt, auch wenn man mit der historischen Erfahrung von heute, dem Wissen um den 1939 ausgebrochenen Krieg, dies zu häufig übersieht. Die Rüstungsplanung sah beispielsweise nicht vor, mit einer unproduktiven, übermäßigen Bindung von Kapital eine militärische Versorgungsautarkie für den Kriegsfall in einem so wichtigen und grundsätzlichen Bereich wie in der Munitionsversorgung herzustellen, was möglich gewesen wäre. Sie ging vielmehr von einem allein an zivilen Industrialisierungsvorstellungen orientierten, wenn auch nicht mit der zivilen Planung koordinierten Investitionsmitelesatz aus, der — zum möglichen militärischen Nachteil — auch bei der Munitionsversorgung auf Autarkie verzichtete und eine Einfuhrabhängigkeit selbst im Kriegsfall in Kauf nahm.¹¹⁴

Der Plan zielte in erster Linie und mit ganz besonderem Nachdruck auf die Modernisierung der Bewaffnung, den schnellen Ausbau der bisher unter Piłsudskis unzeitgemäßen Vorstellungen von moderner Kriegführung übermäßig vernachlässigten Waffengattungen, die Motorisierung des Heeres und auf eine mengen- und vorratsmäßige Verbesserung der Ausrüstung der Streitkräfte ab. Am 28. Juli 1936 wurde in seinem Rahmen *państwowy w Polsce* [Der staatliche Konzern in Polen], Warschau 1938, S. 16 ff.). Nachkriegsquellen bezweifeln jedoch die Angaben Bernadzikiewicz' als übertrieben, bemühte er sich doch, die Rolle des Staates in der Wirtschaft als „überhöht“ darzulegen (vgl. *Materiały do badań nad gospodarką Polski* [Materialien zu Forschungen über die Wirtschaft Polens], Teil I: 1918—1939, Warschau 1956, S. 104).

114) Kozłowski, *Wojsko polskie*, S. 32.

men ein thesen- und vorschlagartig konzipiertes „Programm zum Ausbau der Rüstungsindustrie“ des Generalstabes an General Sosnkowski zur Bestätigung durch das zuständige Komitee für Rüstung und Kriegsgerät weitergereicht.¹¹⁵ Der noch im Dezember 1937 keineswegs fertige Gesamtplan lag in seinem rüstungsindustriellen Teil allerdings bereits Ende Oktober 1936 zur Annahme vor¹¹⁶, wengleich erst zur einer Zeit, da der zivile Investitionsplan längst in Kraft und in Realisierung war.

Auch die Planung im militärischen Bereich wurde hierarchisch mit Hilfe neuer Organisationsstrukturen geordnet, wobei die zentrale Bedeutung dem Verteidigungskomitee der Republik (Komitet Obrony Rzeczypospolitej = KOR), einem am 9. Mai 1936 neu gegründeten Teil des Generalstabs, zukam. Es schaffte sich im Sekretariat (Sekretariat KOR = SeKOR) ein im militärischen Bereich überragende Bedeutung besitzendes Exekutivorgan.

Die Arbeiten am zivilen Investitionsplan und am militärischen Modernisierungs- und Aufrüstungsplan, auch in dessen rüstungsindustriellem Teil, waren zu keiner Zeit miteinander koordiniert, was Ursache vieler ernster und folgenreicher Reibungsverluste und Schwierigkeiten während der Realisierung der Pläne war, auch wenn bei beiden weitgehend die gleichen ökonomischen Einsichten bestimmend waren.¹¹⁷ An den veranschlagten Gesamtaufwendungen des militärischen Modernisierungsplans von ursprünglich 4,759 Mrd. Zł. waren rüstungsindustrielle Investitionen nur mit einem Betrag von 424 Mill. Zł., also mit 8,9 v. H. der Gesamtaufwendungen, eingesetzt; bei Berücksichtigung sekundärer rüstungsindustrieller Aufwendungen stieg der Anteil auf 11,2 v. H. und wurde nach der Revision des Planes mit jahresanteiliger Senkung der Mittel infolge erhöhter Laufzeit absolut ungefähr beibehalten und nunmehr anteilmäßig mit 9,9 v. H. bzw. 10,6 v. H. angesetzt.¹¹⁸ Beide Anteile in beiden Fassungen des militärischen Modernisierungsplans zeigen aber, daß dem Eindruck, auch der militärische Plan sei ein rüstungsindustrieller Investitionsplan und nicht vordringlich ein militärischer Beschaffungsplan gewesen, nicht gefolgt werden kann. Damit ist aber auch seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung abgesteckt: Durch die Beschaffungsaufträge des Generalstabes, auch für die zu erstellenden rüstungsindustriellen Bauten, wurde zunächst die Konjunktur angeheizt und nach einer sozialen und politischen Desintegrationsphase die effektive Nachfrage mit ihren konjunkturellen Folgewirkungen unmittelbar nach dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in Polen gesteigert. Eine Besserung der makroökonomischen Situation durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in neuerrichteten Rüstungswerken wurde aber jetzt noch nicht herbeigeführt (es war auch nicht Schwerpunktanliegen des Plans), so daß die sozialökonomische Bedeutung des Plans in der

115) ebenda, S. 31.

116) Wortlaut in: *Wojna obronna Polski 1939*, S. 94 ff.

117) H. u. T. Jędruszczak, S. 184; Irena Kostrowicka, Z. Landau, J. Tomaszewski: *Historia gospodarcza Polski XIX i XX wieku* [Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jh.], Warschau 1966, S. 337.

118) Kozłowski, S. 39 ff.

Ankurbelung der Konjunktur im ganzen Lande (integrierender Unifizierungseffekt!) und weniger in der unmittelbaren Bereitstellung neuer Arbeitsplätze, dazu nur in einer unter veralteten strategischen Gesichtspunkten als „sicher“ empfundenen Region, lag. Das geschah in den Jahren einer erneuten industriellen Rezession in Europa, die sich am Anfang der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre einstellte, in Polen aber in dieser Situation der dualistischen Investitions- und Nachfrageplanung nicht durchzuschlagen vermochte. Damit war sehr früh ein erster ökonomischer und sozialer Erfolg für die polnische Entwicklungsplanung verzeichnet.

Das unkoordinierte Nebeneinander beider Planungsbereiche mit eigenen organisationspolitischen Lenkungs- und Überwachungssystemen — der zivilen Investitionsplanung, die auch von Rüstungsanleihen profitierte, und der begrenzten rüstungsindustriellen Planung des Generalstabes mit ihren gesamtwirtschaftlichen Rücksichten — drohte trotz der ökonomischen Intentionsähnlichkeiten zu einer volkswirtschaftlich schädlichen Doppelgleisigkeit zu führen. Anfang 1937 ergab sich daher die Notwendigkeit einer Koordinierung beider Planungen. Auch das Interesse der zivilen Entwicklungsplanung, die die politischen und sozialen Erschütterungen vor allem beseitigen, aber auch die Verteidigungsfähigkeit des Staates nach außen nicht aus den Augen verlieren wollte, ließ dies geboten sein. Kwiatkowski unterstrich diese Einsicht, die allerdings auch als ein Nachgeben gegenüber dem Führungsanspruch der „Obristen“-Fraktion gedeutet wird, trotz der auch danach fortdauernden Spannungen und Konflikte, vor dem Parlament am 5. Februar 1937. Diese Rede wurde mit der Feststellung, daß „bei einer Einschmelzung der Fragen der Verteidigung und Wirtschaft in ein komplexes System man eine Potenzierung der gesamtwirtschaftlichen Früchte erreichen kann, denn im Rahmen eines Generalplans dient die Wirtschaft der Verteidigung, und die Rüstungsinvestitionen können viele sozialwirtschaftliche Prozesse günstig beeinflussen“¹¹⁹, zu einem Markstein der weiteren Industrialisierungs- und Militärplanung. Sie legte auch den Grundstein für die gezielte, mit Hilfe der aus den rüstungsindustriellen Planungen kommenden Impulse noch begünstigte industrialisierungspolitische Entwicklung im Zentralen Industrievier (COP) mit ihren wehrwirtschaftlichen Implikationen, die in zunehmendem Maße neue wirtschaftliche Lenkungs- und Planungssysteme entstehen ließ. Seit Mitte 1938 wurden diese immer stärker von militärischen Stellen geleitet. SeKOR spielte dabei die entscheidende Rolle.

Die planwirtschaftliche Orientierung des Staates wurde trotz anfänglicher Vorbehalte Kwiatkowskis aus dem Zwang der ökonomischen Situation sukzessive ausgeweitet. Dazu trug die Notwendigkeit der Stützung in Konkurs geratener Unternehmen genauso bei wie die Ablösung ausländischer Kapitalanlagen, vor allem in den Grundindustrien, was beides mit Hilfe von staatlichen Haushaltsmitteln geschah, und die diesen spezifischen Bedürfnissen angepaßte staatliche Geld- und Kreditpolitik.¹²⁰ Die

119) zit. nach Rakowski, S. 134.

120) Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 70.

verschiedenen innerstaatlichen Anleihen, vor allem zur Finanzierung des militärischen Modernisierungs- und Beschaffungsplans, wirkten sich systempolitisch ähnlich aus, abgesehen von ihrer günstigen konjunkturwirtschaftlichen Wirkung. Gerade auf diesem Hintergrund — bei sonst abnehmender Arbeitslosigkeit und Rückgang der mit ihr verbundenen sozialen und politischen Spannungen sowie allgemeiner Wohlstandszunahme infolge des staatlichen Interventionismus ab Mitte 1937 — kam es aber zu wiederholten Konflikten zwischen den Vertretern eines staatskapitalistischen Konzepts für die weitere Entwicklung des Landes und den Vertretern einer wirtschaftlichen Freizügigkeit bei Einschränkung der staatskapitalistischen Tendenzen und Stärkung sowie Ankurbelung der privatwirtschaftlichen Initiativen, wofür sich, obwohl mit Vorbehalten, auch Kwiatkowski einsetzte.¹²¹

Im Grunde handelte es sich um tiefgreifende politische Auseinandersetzungen der einzelnen Fraktionen um Macht und Herrschaft im Staatsapparat: der „Obristen“-Gruppe mit ihren totalitären und faschistoiden Tendenzen und der „Schloß“-Gruppe, die das zunehmende Gewicht des Staates im Wirtschaftsleben aus innenpolitischen Erwägungen einzudämmen und auf diese Weise den totalitären und faschistoiden Tendenzen einen Riegel vorzuschieben trachtete.

Die politisch stabilisierenden „zivilen“ Elemente der auf eine Unifizierung des Staatsgebietes hinauslaufenden Wirtschafts- und Industriepolitik wurden trotz außenpolitischer Spannungen nicht aus den Augen verloren, ja, sie wurden konzeptionell sogar noch ausgebaut, weil sie auch in der innen- und außenpolitischen Lagebeurteilung der „Obristen“-Gruppe einen festen Platz besaßen. Auch die Militäraufträge, die seit Ende 1938 die Arbeitslosigkeit senkten und damit einhergehend durch Konsumentenvermehrung den Wohlstand steigerten, aber zugleich eine deutliche Militarisierung des ökonomischen Geschehens nach sich zogen, halfen die sozialökonomische Situation zu entladen und besaßen unifizierende, d. h. integrierende Auswirkungen. Hieran änderte auch die Verschärfung der Spannungen durch eine sich seit Mitte 1938 zuspitzende außenpolitische Situation nichts. Die angebliche Knappheit der Kapitalmittel machte manche Planungen noch vor ihrer Inangriffnahme zunichte, was aber, da es sich bei den Streichungen der zivilen Mittel vor allem um ebenfalls militärisch vordringliche infrastrukturelle Investitionsvorhaben handelte, Kwiatkowski angelastet und weswegen er wiederholt von Militärs diffamiert und angegriffen wurde.¹²² Angesichts der innenpolitischen Auseinandersetzung kann allerdings nicht von der Hand gewiesen werden, daß hier, wenn auch (vordergründig) „zum Schaden des Staates“, so doch im Hinblick auf die Gefahr einer Faschisierung von Kwiatkowski gezielt und überlegt in Wahrnehmung von Staatsinteressen, wie sie die „Schloß“-Gruppe verstand, gehandelt wurde, wobei seine anti-inflationäre Grund-

121) ebenda, S. 73 f.; H. u. T. Jędruszczyk, S. 189 ff.

122) Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego*, S. 88 f.; P. Stawecki, *Następcy komendanta* [Die Nachfolger des Kommandanten], Warschau 1969, S. 146.

haltung, die er selbst in der seit 1939 stärkeren, inflationäre Gefahren heraufbeschwörenden Ankurbelung der Konjunktur mit Hilfe gesteigerter Militäraufträge vollends aufzugeben nicht bereit war, eine Rolle gespielt haben mochte.

Die in diesem Stadium der politischen Situation trotz der zunehmenden Militarisierung des Wirtschaftslebens und seiner ordnungspolitischen Strukturen auf eine innenpolitisch determinierte Unifizierung des Landes hinauslaufenden „zivilen“ Entwicklungsmaßnahmen, wie u. a. die Erneuerung der Steuer- und Abgabefreiheiten mit einem Gesetz vom 9. April 1938 auch für Ostpolen¹²³, waren angesichts des zunehmenden Nationalismus und Separatismus unter den Minderheiten in Ostpolen, insbesondere unter den Ukrainern, auch von einer Konzeption nationalstaatlicher Besitzstandswahrung geprägt, die gleichzeitig eine imperialistisch orientierte nationale Assimilierungs- und wirtschaftliche Zurückdrängungspolitik (Prometheus-Ideologie!) war.¹²⁴ Ähnlich einzuordnen ist die von Kwiatkowski am 2. Dezember 1938 verkündete Fortführung der zivilen Entwicklungsplanung, die mit einem Aufwand von 2,0 Mrd. Zł. die Jahre 1939—1941 überbrücken und sie in den vorgesehenen 15-Jahres-Plan einbetten sollte. Ihre Realisierung lief im März 1939 an; gegenüber der bisherigen zivilen Investitionsplanung war sie wegen der mittlerweile entstandenen internationalen Situation stärker auf den Auf- und Ausbau militärisch wichtiger Kapazitäten und des COP-Gebietes ausgerichtet — die Vorhaben für 1939 waren ausnahmslos militärischer Art. Der übergeordnete 15-Jahre-Plan sollte außer der weiteren Ankurbelung der Konjunktur in fünf abgeschlossenen, aber aufeinander abgestimmten Drei-Jahres-Abschnitten bis zum Jahre 1954 als Endziel auch die völlige Angleichung aller Landesteile und eine vollständige politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Konsolidierung und Einschmelzung des polnischen Staatsraumes, also die Erfüllung der „zivilen“ Aufgabe der allseitigen Beseitigung der Unterschiede zwischen Polen A und B — wie offiziell gesagt wurde — bringen, wobei die militärischen Ausrüstungserfordernisse angemessen berücksichtigt worden wären. (Über die Höhe der gesamten staatlichen Investitionsbeteiligung lagen vorerst noch keine Angaben vor.)

Auch der in den faschistoiden Kreisen seit der Weltwirtschaftskrise erneut so sehr in den politischen Vordergrund gerückte Antisemitismus spitzte sich im sozialen und wirtschaftlichen Bereich noch besonders in dem Versuch zu, Juden aus dem Wirtschaftsleben auch mit Hilfe von Gewaltanwendung und organisiertem Käuferboykott (Slogan: „Nie kupuj u Żyda“ — „Kaufe nicht bei Juden!“) auszuschalten sowie über die Propagierung und partielle Praktizierung eines numerus nullus aus bestimmten Bereichen des öffentlichen und sozialen Lebens völlig zu eliminieren.¹²⁵

123) Dziennik Ustaw RP, 1938, Nr. 26, Pos. 224.

124) D r o z d o w s k i, Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939, S. 88.

125) Die antisemitische Entwicklung wurde begleitet von blutigen Pogromen, die Mitte 1935 einsetzten und im ganzen Lande, wenn auch mit Schwerpunkt in Ostpolen, stattfanden. Sie waren häufig (vgl. T. Berenstein: KPP w walce z pogromami antyżydowskimi w latach 1935—1937 [Die KP Polens im

Trotz der weitgehenden Entladung der innenpolitischen Konfliktsituation zu Anfang 1939 durch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Wohlstandssteigerung im Gefolge des konjunkturwirtschaftlich günstigen staatlichen Interventionismus und Etatismus seit 1937¹²⁶ und trotz zunehmender Verschärfung der außenpolitischen Situation, in der man durch nationale Parolen die innerpolitischen Konflikte ebenfalls zurückdrängte, blieb die innenpolitische zivile Komponente in der Industrie- und Wirtschaftsentwicklung neben dem militärisch determinierten Interesse bezeichnenderweise mit beträchtlichem, ja, entscheidendem Gewicht erhalten. Dies zeigt sich außer in der 15-Jahre-Planung sehr augenfällig auch in der anhaltenden Vorherrschaft des zivilen gegenüber dem militärischen Regierungsbereich selbst in militärisch wichtigen Entscheidungen. Die am 9. April 1938 eingeräumten Sondervergünstigungen für militärisch wichtige Betriebe wurden allein von Kwiatkowskis „zivilem“ Finanzministerium von Fall zu Fall auf Antrag genehmigt. Der vom Verteidigungsministerium auf seine militärische Wichtigkeit nur attestierte Antrag mußte erst vom „zivilen“ Industrie- und Handelsministerium bestätigt werden, bevor er zur finanzpolitischen Entscheidung an ein weiteres „zivils“ Ministerium weitergegeben werden konnte. Dies unterstreicht die sehr differenzierte Situation in Polen auch in bezug auf die angebliche einseitige

Kampf mit antijüdischen Pogromen in den Jahren 1935—1937], in: Biuletyn ŻIH, Warschau 1955, S. 16—28, hier S. 18 ff.; P. Rybak: Wspomnienia o walce KPP z antysemityzmem i pogromami [Erinnerungen an den Kampf der KP Polens mit dem Antisemitismus und Pogromen], ebenda, Warschau 1955, Nr. 13—14, S. 268—273). Die Pogromstimmung an Universitäten und die Institution der Ghetto-Bänke erschwerten das Arbeiten (vgl. A. Sandauer: Wspomnienie [Erinnerungen], in: Księga wspomnień 1919—1939, Warschau 1960, S. 336). Standesorganisationen der Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte u. a. nahmen in ihre Statuten Paragraphen mit Einschränkungen für sog. Nichtarier auf (vgl. Szyja Bronsztejn: Ludność żydowska w Polsce w okresie międzywojennym. Studium statystyczne [Die jüdische Bevölkerung in Polen zwischen den Kriegen. Statistische Untersuchung], Breslau, Warschau, Krakau 1963, S. 262). Die Losungen, die eine Eliminierung der Juden aus dem Wirtschaftsleben anstrebten, kulminierten in der Forderung „Juden ins Ghetto“. Die verschreckten Juden begannen in dieser Situation Polen verstärkt zu verlassen, soweit es in der damaligen internationalen Situation möglich war. In den Jahren 1931—1938 machten Juden 64 v. H. der Auswanderer aus Polen nach Übersee aus (vgl. M. Pollner: Emigracja i przewarstwowanie Żydów polskich [Emigration und Umschichtung der polnischen Juden], Warschau 1939, S. 35; Bronsztejn, S. 263).

126) Zwar war die Beschäftigtenzahl in der Mittel- und Großindustrie im Jahre 1938 noch um 50 000 Menschen geringer als 1928, doch ging die Teilarbeitslosigkeit sehr beträchtlich zurück, insbesondere die Beschäftigung an ein bis drei Tagen wöchentlich, so daß die individuelle Vollbeschäftigung wesentlich zunahm. Zugleich erhöhten sich die Nominallöhne bei im gleichen Zeitraum sehr beträchtlich gesunkenen Lebensmittelpreisen, so daß gegenüber 1929 die Real-löhne des Jahres 1938 um 14 v. H. gestiegen waren. Im Jahre 1939 trat eine weitere Verbesserung sowohl der Arbeitsmarkt- wie der Lohnsituation ein. Vgl. Mały Rocznik Statystyczny 1939, Warschau, S. 261 ff.; B. Zientara, A. Mączak, I. Ihnatowicz, Z. Landau: Dzieje gospodarcze Polski do roku 1939 [Wirtschaftsgeschichte Polens bis 1939], 2. Aufl., Warschau 1973, S. 563 f.

rüstungsindustrielle Orientierung in einem den Militärs durch Gesetz und Verfassung sonst vielfältige Sonderrechte einräumenden Herrschaftsapparat hinlänglich, wobei ferner auch noch die neue Funktion der nationalen Überfremdungs- und Disziplinierungsabsichten, die sich ganz besonders im COP-Gebiet als beispielgebend für andere Gebiete bewähren sollten, herrschaftssoziologisch zu berücksichtigen ist.

III.

Der schwerpunktmäßige Aufbau des Zentralen Industriereviere (COP), der nach Vorlage einer den — aus welchen Gründen auch immer — militär- und wehrpolitischen Standpunkt betonenden Denkschrift von Dozent W. Kosieradzki vom 15. November 1936¹²⁷ von Finanzminister Kwiatkowski am 5. Februar 1937 vor dem Parlament proklamiert wurde, wird auch im westlichen Schrifttum noch immer als eine sehr einseitig nur aus strategischen und rüstungsindustriellen, daher den ökonomischen Faktor grob mißachtenden Beweggründen eingeleitete Entwicklung gesehen, deren gesamtwirtschaftlicher Wert meist in Frage gestellt wird.¹²⁸

Die Wurzeln einer solchen Einschätzung liegen außer in der durch die politische Situation in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre noch propagandistisch zugespitzten und vorgetragenen Argumentation¹²⁹ auch in allen jenen Ursachen, die bereits 1928 zu einer einseitigen Beurteilung der „Region der Industrieförderung“ geführt haben. Für die Beurteilung spielt auch die innerpolnische Argumentation der Jahre 1936—1939 eine große Rolle, die von gegenläufigen Gruppeninteressen getragen wurde, die sich aber, wenn auch aus verschiedenen Gründen, in der Betonung des strategischen und wehrwirtschaftlichen Gewichts für die COP-Planung trafen, weil sie sich davon eine Untermauerung ihrer unterschiedlichen Standpunkte versprachen. Damit wurden sie aber ungewollt zu Zeugen einer Polen im außenpolitischen Bereich diffamierenden Argumentation, die das Verständnis für die polnische Entwicklung auch im freundlich gesonnenen Ausland nicht ganz unbeeinflusst ließ.

127) W. Kosieradzki: Plan Centralnego Okregu Przemysłowego [COP-Plan]. Memoriał z dn. 15. 11. 1936, Warschau 1937.

128) C. Poralla: Die Wirtschaft zwischen den beiden Kriegen, in: Ost-europa-Handbuch. Polen, hrsg. von W. Markert, Köln, Graz 1959, S. 85 f.; H. Roos, Geschichte der polnischen Nation, S. 148; J. Taylor: The Economic Development of Poland 1919—1950, Ithaca 1952, S. 98; K. König: Die Wandlung der inneren Wirtschaftsstruktur in Polen seit 1945. Eine wirtschaftspolitische Studie unter besonderer Berücksichtigung der Autarkie- und Exporttendenzen, Würzburg 1963, S. 9.

129) C. O. P. Das Zentrale Polnische Industrievier, a. a. O.; A. H. Else: Voraussetzungen der polnischen Aufrüstung, in: Der Vierjahresplan, Berlin 1938, Nr. 6, S. 347—349; Bodte, a. a. O.; Poralla, Ein Fünfzehnjahresplan...; C. Kroll: Zur französischen Rüstungsanleihe für Polen, in: Ost-europa 12, Königsberg, Berlin 1937, sollen stellvertretend für die Berichterstattung solcher Zeitschriften wie „Osteuropa“, „Jomsburg“, „Der Vierteljahresplan“ und „Die Außenpolitik“ stehen, in der die angegebene Tendenz immer wieder zu finden ist.

Während man von Regierungsseite die strategischen und rüstungswirtschaftlichen Gesichtspunkte ins Treffen führte, um das keineswegs einmütige Parlament mit Landesverteidigungsargumenten und mit dem Appell an dessen patriotische Pflicht zur Bewilligung der Planungen und der vorgesehenen Anleihen, Förderungsmaßnahmen usw. zu bewegen, von der Notwendigkeit der Regierungsvorlagen zu überzeugen und es für sie zu mobilisieren, was ebenfalls eine große Rolle spielte, brachten die Gegner, insbesondere aus den Kreisen der Großindustrie, vor, daß „das ganze COP-Gebiet einen Teilbereich der vom Verteidigungsministerium betriebenen Wirtschaft [darstelle] und nur sehr locker mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Staates verknüpft“ sei¹³⁰, um — sicherlich aus Furcht vor künftiger Konkurrenz — zu erklären, daß die dortigen Investitionen aus diesem Grunde unrentabel seien und die Wirtschaft Polens zu ihrem Schaden unnötigerweise desorganisierten.¹³¹

Zweifellos spielte, wie bereits ausgeführt wurde, das militärische Interesse bei der Planung und Realisierung des COP eine Rolle. Doch erlaubt es nicht jene Sicht, wie sie sich unter dem Eindruck einer einseitigen Berichterstattung der möglichen künftigen Gegner insbesondere seit 1938/39, der innerpolnischen zweckorientierten Interessengruppen-Argumentation und der strategischen Überlegungen der zwanziger Jahre ohne Rücksicht auf die funktionalen Abhängigkeiten im Herrschaftssystem und ohne Berücksichtigung der ökonomischen Komponenten, insbesondere der standortpolitischen, breitmachte. Gerade die unberücksichtigt bleibenden Faktoren zeigen deutlich, daß bei allem militärischen Engagement auch bei der COP-Gestaltung das innenpolitisch determinierte zivile Interesse bis zur Wende 1938/39 absolut im Vordergrund stand und auch in den letzten Monaten der polnischen Eigenstaatlichkeit vor dem Zweiten Weltkrieg eine sehr bedeutende, wenn nicht gar ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Dies wird dann noch besonders durch die Stützung sonstiger innenpolitischer Anliegen mit Hilfe einer spezifischen politischen Richtunggebung bei der Realisierung der COP-Planung unterstrichen. Auch hier ist eine grundlegende Einsicht zu berücksichtigen, die *Kożuchowski* mit der Feststellung, daß „die wirtschaftliche Revolution, die aus der Losung nach einer Industrialisierung Polens erwächst, nicht ein strikt ökonomisches Programm, sondern ganz im Gegenteil ein politisches Programm ist, das entweder den Sieg jenen geben wird, die es aufgreifen, oder, nicht genügend beachtet, zu einem politischen Evangelium nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit und der durch einen Umsturz hervorgerufenen Erschütterungen werden wird, wie es in anderen Staaten geschah“, sehr treffend mit einem Seitenblick auf den östlichen Nachbarn Polens umschrieb.¹³²

Ein gewichtiges Argument für militärische Beweggründe bei der COP-Planung leitet man von ihrer Funktion als strategisches Sicherheitsdreieck ab. Bei den eigenen Planungsvorlagen für das von ihnen als „Sicherheitsdreieck“ ausgegebene COP-Gebiet rückten die militärischen Planungs-

130) *Polityka gospodarcza*, Lodz, 30. 4. 1938.

131) *Robotniczy przegląd gospodarczy*, Warschau 1938, Nr. 11.

132) *Kożuchowski*, S. 67.

stellen strategische Überlegungen aber in den Hintergrund und gaben ökonomischen meist den Vorzug. Der von der Publizistik gegenüber der strategischen „Sicherheits“-Argumentation gemachte und graphisch sehr geschickt dargestellte Vorbehalt (Anfälligkeit gegenüber deutschen Luftangriffen)¹³³ fand seitens militärischer Stellen keinen Widerspruch, sondern wurde zustimmend berücksichtigt, was ebenfalls die zweckpolitische Vordergründigkeit der strategischen Sicherheitsargumente aus der innerpolnischen Auseinandersetzung um das COP zu bestätigen scheint. Sie wird noch dadurch unterstrichen, daß selbst in der nachkriegspolnischen Darstellung der Probleme, die aus politischen Gründen lange um den Nachweis der einseitigen militärischen Orientierung des COP bemüht war, die relativ strategische Ungunst dieses Gebiets, besonders auch aus verkehrspolitischen Gründen, nicht geleugnet wird, auch wenn man sie wegzudiskutieren sucht.¹³⁴

Ähnlich ist es bei der funktionalen Zuordnung der COP-Realisierung innerhalb des Regierungssystems, die die Bedeutung der militärischen Komponente einzugrenzen hilft. Obwohl der Staat an den rüstungsindustriellen Neubauten, außer durch die gewährten sonstigen Vergünstigungen an die privaten Investoren, mit 90 v. H. des Kapitaleinsatzes beteiligt sein sollte¹³⁵ — was einer der Gründe für die undifferenzierte und einseitige Argumentation seitens der Großindustrie und der Banken bezüglich des COP wegen entgangener Gewinnchancen war — und obwohl die Erarbeitung der rüstungsindustriellen Einzelpläne dem SeKOR unterstand, der im militärischen Bereich auch ihre Koordinierung überwachte und damit partiell in den „zivilen“ Verfügungsbereich einwirken konnte, so daß daraus ungerechtfertigt eine überragende Bedeutung militärischer Stellen und Belange für den COP-Aufbau abgeleitet wird, war festgelegt, daß für die Realisierung der gesamten COP-Planung, in die sich die militärische einfügen sollte, und für die Koordinierung der zivilen mit den militärischen Vorhaben als Leitungsinstanz das Industrie- und Handelsministerium mit seinem Büro für Landes- und Regionalplanung und mit seiner Koordinierungskommission für den COP-Aufbau zuständig war, der in der zweiten Hälfte 1938 dann noch ein besonderes Rohstoffbüro auch für die Planung und Realisierung des militärischen Bedarfs beigegeben wurde. Das Militärbüro dieses Ministeriums hatte, wie übrigens auch die Militärbüros aller anderen Ministerien, nur die Funktion eines Verbindungsorgans zum Verteidigungsministerium.

Abgesehen von diesen Regelungen im industriewirtschaftlichen Bereich kam die eigentliche Schlüsselrolle dem Finanzministerium Kwiatkowskis zu, das die finanzpolitische Oberaufsicht und damit auch die Verantwortung für alle Investitionsvorhaben auf sich vereinigte. Es legte die Investitionsvorhaben prioritätenmäßig in einem Generalplan und realisierungsmäßig in einem ergänzenden Sektorplan fest, der sachorientiert den Re-

133) M. Wańkiewicz: Na tropach Smętka [Auf den Spuren des Smentek], Warschau 1936, S. 324.

134) Grabowski, S. 146.

135) Stawecki, Następcy komendanta, S. 144.

gierungsressorts nachgestellt war. In diesem Zusammenhang ist für die Frage der Bedeutung militär- und wehrpolitischer Einflußnahmen auf die Wirtschafts- und Investitionsplanung und -politik von kennzeichnender Bedeutung, daß die Investitions-„General“-Planung für 1939 vier Grundsätze statuierte, an die sich die Ressortministerien zu halten hatten. Die Grundsätze legten vordringlich die Fertigstellung der bereits begonnenen zivilen und militärischen Investitionsvorhaben fest, proklamierten dann aber für die neu in Angriff zu nehmenden Objekte eine Priorität der „wirtschaftlichen“ (zivilen) Investitionsvorhaben. Das führte zu den erwähnten scharfen Kontroversen Kwiatkowskis mit den Militärs Ende 1938 vor dem Parlament und dessen Rücktrittsabsicht, die durch die Vermittlung Mościckis abgewendet wurde, sonst aber angesichts der Stellung Kwiatkowskis im Kabinett zwangsläufig zu einer tiefen Regierungskrise in Polen hätte führen müssen.

Mit Hilfe der Einsichten aus einem solchen Zuständigkeits- und Entscheidungsschema für das COP¹³⁶ muß das Verständnis von der Bedeutung militärischer Stellen und damit von der überragenden Bedeutung der Militärs in dieser Entwicklung nicht unerheblich korrigiert werden. Allerdings entsprach diese verschachtelte und sich überschneidende Kompetenzzuordnung nicht den militärischen Belangen, auch war sie sicherlich bei weitem nicht optimal. Viele Schwierigkeiten mannigfacher Art und große wirtschaftliche Reibungsverluste bei der Realisierung der COP-Planung sind nicht nur auf mangelnde Koordinierung der Planungsarbeiten, sondern gerade auch auf die viel zu wenig beachtete und für die Beurteilung des COP nicht genügend herangezogene funktionale Kompetenzzuordnung, die den zivilen Stellen unangemessen große Entscheidungsgewalt gab, zurückzuführen, wie Kwiatkowski Ende 1958 selber bezeugte, was in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht übersehen werden sollte und was zu vielfältigen Kompetenzkonflikten führte.¹³⁷

Die gar nicht so einseitige rüstungsindustrielle Orientierung der Investitionspolitik in Polen ist Berechnungen des Wirtschaftstheoretischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahre 1956 zu entnehmen und dürfte wohl kaum in Verdacht geraten, die Entwicklung zu beschönigen. Demnach partizipierte die Rüstungsindustrie im Jahre 1937 an den polnischen Gesamtinvestitionen, also den privaten und den staatlichen, mit 13 v. H. Im Jahre 1938 betrug der Anteil 17 v. H. Das Steigerungstempo der Investitionen bei der Industrie ohne Rüstungsindustrie war zwar etwas geringer, immerhin stiegen die Investitionsanteile, die 1937 21,6 v. H. und 1938 25,9 v. H. ausmachten, bei der Rüstungsindustrie nur um 4 v. H. gegenüber 4,3 v. H. bei der übrigen Industrie.¹³⁸ Daraus ist aber ersichtlich, daß die Besserung der wirtschaftlichen Situation weder einseitig der staatlichen Investitionspolitik, noch deren

136) *Historia państwa i prawa Polski 1918—1939* [Geschichte des Staates und des Rechts Polens 1918—1939], Red. F. Ryszk a, Teil 1, Warschau 1962, S. 387 ff.

137) *Drozdowski*, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 70.

138) *Materiały do badań nad gospodarką Polski*, S. 42.

regionalem Engagement im COP-Aufbau zuzuschreiben ist, auch wenn diese die Konjunktur und damit auch die Investitionsneigung privater Investoren anzukurbeln halfen.

Im COP wurden die staatlichen Investitionsmittel zu einem großen, aber annähernd nicht ausschließlichen Maße, wie bei den sehr unterschiedlichen Angaben recht häufig unterstellt wird, nicht nur zum Aufbau neuer, sondern auch zum Ausbau bereits vorhandener Rüstungswerke und zu Reinvestitionen für die stark aufgebrauchten Produktionsanlagen, also für die Erhaltung der Arbeitsplätze, genutzt. Dieser sehr differenzierten Aufgabe der Erhaltung und der Ausdehnung der Produktion in alten und neuen Standorten flossen 45—50 v. H. der COP-Staatsinvestitionen zu. Der hohe Prozentanteil wird jedoch bereits dadurch für die Bedeutung des Neubaues rüstungsindustrieller Produktionsanlagen relativiert, daß das COP in den Jahren 1937 und 1938 nur jeweils 25 v. H. und erst 1939 mit 50 v. H. das Doppelte der Vorjahresanteile der insgesamt vom Staat investierten Mittel erhielt.¹³⁹ Rechnet man diese Zahlen um, um die Bedeutung der sonst so stark betonten militärpolitischen Komponente bei der Erschließung dieses unterentwickelten und politisch unruhigen Raumes zu verifizieren, so machte im COP der Anteil der rüstungsindustriellen in den staatlichen Gesamtinvestitionen in den Jahren 1937 und 1938 nur 11,5—12,5 v. H. und 1939 angesichts der sich zuspitzenden internationalen Situation dann aber 22,5—25,0 v. H. aus.¹⁴⁰ Damit blieben sie 1937 und 1938 aber noch z. T. ganz beträchtlich hinter den jeweiligen Anteilen der gesamten rüstungsindustriellen Investitionen an der polnischen Gesamtinvestition (1937: 13 v. H.; 1938: 17 v. H.) zurück. Das bedeutet aber, daß die rüstungsindustrielle staatliche Investition im „Sicherheitsdreieck“ COP sogar noch relativ geringer als im gesamt-polnischen Maßstab war, was eine besondere politische Aussage besitzt, die auch noch aus anderen ökonomischen Überlegungen bestätigt werden wird.

Aus zentralstaatlichen Quellen flossen in das COP Mittel in Höhe von insgesamt 1 Mrd. Zł., wie auch aus den obigen Angaben errechnet werden kann.¹⁴¹ Kwiatkowski gab 1958 an, daß man im COP in den Jahren 1936—1939 2 Mrd. Zł. investiert habe, was bedeutet, daß zusätzlich zu den zentralstaatlich gelenkten noch kommunale und private Investitionen in Höhe von 1 Mrd. Zł. getätigt wurden.¹⁴² Dadurch werden aber alle Ansichten über die wehrwirtschaftliche Ausrichtung und die Vorherrschaft der Militärs in der Wirtschaftspolitik ganz besonders dieses Raumes sehr entschieden relativiert. Bei einer Gesamtinvestition von 2 Mrd. Zł. im COP wurden nämlich nur 450—500 Mill. Zł. für den Auf- und Ausbau sowie für die Reinvestition in der Rüstungsindustrie, die dem Generalstab ein wirt-

139) Polskie Siły Zbrojne w II wojnie światowej [Die polnischen Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges], Bd 1, Teil 1, London 1951, S. 202.

140) ebenda, S. 202; Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 151.

141) Polskie Siły Zbrojne w II wojnie światowej, S. 202; Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 151.

142) Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 151.

schaftspolitisches Mitsprache- und auch Mitentscheidungsrecht einräumte, und 1,5—1,55 Mrd. Zł., also das Dreifache der rüstungsindustriellen Investitionen, für „zivile“ Investitionen ausgegeben. Soweit sie die hauptsächlich mit staatlichen und kommunalen Mitteln ausgebaute Infrastruktur dieses Raumes betrafen, kamen sie nicht nur der zivilen, sondern auch der rüstungsindustriellen Produktion zugute und waren indirekt auch wie anderswo ebenfalls von wehrpolitischer Bedeutung, obwohl vor allem und zuallererst ein Mittel der ökonomisch verstandenen und politisch als notwendig erkannten Industrialisierung und Unifizierung des Landes.

Die Bedeutung der rüstungsindustriellen Investitionen in Höhe von 450—500 Mill. Zł. für den Neu- und Ausbau von Werken und für die Reinvestitionen, was angesichts der strategischen Lage dieses Gebietes für Polen hier angeblich besonders forciert worden ist — abgesehen davon, daß die allermeisten der reinen Rüstungswerke gleich welcher Art, wie in Lublin, Radom, Skarżysko, Mościce oder Starachowice, ja ohnehin im COP-Gebiet lagen, das mit dem sogenannten Altpolnischen Industrievier weitgehend identisch ist —, wird noch dadurch in ein ganz besonderes Licht gerückt, daß nur Bruchteile der rüstungsindustriellen Investitionen für den Bau neuer Rüstungswerke genutzt wurden, und zwar in den Jahren (jeweils auf die angrenzenden Halbjahre bezogen) 1936/37 20 v. H., 1937/38 29 v. H. und 1938/39 36 v. H.¹⁴³, was für das COP, das gegenüber dem gesamtpolnischen Maßstab ja noch relativ schlechter gestellt war, hier aber mit dem günstigeren gesamtpolnischen Verhältniswert in die Berechnung eingeführt werden soll, bedeutet, daß für den Neubau von Rüstungswerken im COP-Gebiet nur rund 135 Mill. Zł. investiert worden sind. Das waren nur 7 v. H. der im COP 1936—1939 vorgenommenen Gesamtinvestition. Auch dieser Prozentanteil scheint nicht so bedeutend, daß daraus eine besondere Bevorzugung militär- und wehrpolitischer Postulate in der gesamtstaatlichen Industrialisierungspolitik mit ihren innenpolitischen Bezugspunkten abgeleitet werden kann, wie es aber aus einer einseitigen und vordergründigen Sicht auf die damalige Entwicklung und aus der Überbewertung zweckpolitischer und interessengruppenorientierter Argumentierungen der damaligen Akteure auch heute noch geschieht.

Die Verteilungsproportionen der Investitionsmittel und die sonstige steuer-, tarif- und abgabenpolitische Förderung privater Investoren, die 1928 begonnen und 1938 ausgeweitet wurde, führten dazu, daß seit dem Beginn des gelenkten staatlichen Interventionismus und Etatismus im Jahre 1936 außer wenigen rüstungsindustriellen Neubauten vor allem gewerbliche Betriebe und klein- bis mittelbetriebliche Industrieunternehmen entstanden. Neben den rüstungsindustriellen Investitionen, die teilweise, wie die Hütte in Stalowa Wola, ebenfalls eine „zivile“ wirtschaftliche Bedeutung besaßen, waren im Jahre 1939 von Privatinvestoren 45 industrielle Groß- und Mittel- sowie 60 Kleinbetriebe entweder bereits fertiggestellt oder in weit fortgeschrittenem Realisierungsstadium begriffen, abgesehen von einer Großzahl von gewerblichen Betrieben. Zu den

143) D r o z d o w s k i, Społeczeństwo, S. 280.

fertiggestellten oder weit fortgeschrittenen Investitionsbauten zählten drei Lebensmittelfabriken, zwei Schuhfabriken, eine Großgerberei, zwei Zementfabriken, drei Zellulosewerke, eine Glashütte, mehrere Ziegeleien und Sägewerke, eine Reifenfabrik, die bereits 1939 70 v. H. des innerpolnischen Bedarfs deckte, zwei Textilfabriken, zwei Gießereien, eine Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, dazu mehrere metallverarbeitende Betriebe, wobei angesichts der absatzmäßigen Schwierigkeiten der neu eingegliederten Olsa-Gebiet-Industrie, die zu krisenhaften Auswirkungen und der Gefahr politischer Unmutsäußerungen in den neupolnischen Gebieten führten¹⁴⁴, eine Abwanderungstendenz dortiger Betriebe in das COP bestand, wie bei den Walzwerken Oderberg (Bogumin), die ihre Produktionsausrüstung demontierten und seit dem Sommer 1939 in Lublin neu zu installieren begannen, um dort außerdem noch eine Fabrikation von Draht zusätzlich aufzunehmen.¹⁴⁵ Das Ausmaß der privaten Initiative, die sich außer in den Investitionsmittelanteilen auch in der Zahl der Investitionsprojekte zeigt, wird durch den Umstand unterstrichen, daß Anfang 1939 bei den zuständigen Stellen für die Zuerkennung staatlicher Förderung im COP-Gebiet mehr als 800 Anträge privater Investoren vorlagen, von denen allerdings ein beträchtlicher Teil keine industriellen Investitionen vorzunehmen beabsichtigte.¹⁴⁶ Besonders durch die staatlich geförderte, sich der Militärpolitik aber entziehende Privatinitiative trat ein Aufschwung in vernachlässigten Kleinstädten dieses Gebietes ein. Die steuerpflichtigen Einkommen erhöhten sich nach den Unterlagen der zuständigen Finanzämter innerhalb von zwei Jahren (1936 zu 1938) in einer ganzen Reihe von Städten — Sandomir, Gorlice, Rzeszów, Nisko, Tarnobrzeg — zwischen 100 und 200 v. H., in den anderen betroffenen Städten waren es kaum irgendwo weniger als 60 v. H.¹⁴⁷

Allerdings zeichneten sich bereits damals auch negative Erscheinungen ab, z. B. ein Zuzug von Arbeitslosen aus anderen Teilen Polens in die COP-Region, was die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitslosen dieser Region einschränkte und zu sozialen Spannungen führte, die sich auch in antijüdischen Slogans und Bestrebungen niederschlugen.¹⁴⁸ Lohnunter-

144) Vgl. Dokumente des polnischen Generalstabs, die zu diesem Problem von M. Drozdowski veröffentlicht wurden: *Polityka gospodarcza rządu polskiego na Śląsku Zaolziańskim* [Die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung in Olsa-Schlesien], in: *Najnowsze dzieje Polski 1914—1939*, Warschau 1965, Nr. 9, S. 227—237. Man sah, wie Industrie- und Handelsminister Roman am 30. 12. 1938 an General Bortnowski schrieb, die einzige Möglichkeit zur Neutralisierung der von General Bortnowski angezeigten Mißstimmung, die „schon bald kaum noch zu bändigen sein dürfte“, darin, daß man mit Mitteln aus dem Wehretat Kohlevorräte anlegte und damit den hinzugewonnenen Kohlegruben künstlich Absatzmöglichkeiten schuf. Vgl. ebenda, S. 235 ff.

145) Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 146.

146) ebenda, S. 147.

147) Kwiatkowski, *O wielkość Rzeczypospolitej*, S. 5.

148) Man verband den Aufbau des COP mit der Forderung, das polnische Wirtschaftsleben und den polnischen Wirtschaftsaufbau „polnisch“, also national rein zu erhalten. Es kamen Slogans auf, wie „COP muß ‚entjudet‘ werden“ („Musimy odżydzić COP“) oder „Es sei keinem Juden erlaubt, im COP eine Stel-

bietungen durch zuziehende ländliche Arbeiter führten verschiedenorts zu Zusammenstößen mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die Arbeitsverhältnisse und -bedingungen hielten sich auch dadurch häufig an keine gesetzlichen Regelungen, was ebenfalls zu außerordentlich nachteiligen sozialpolitischen, zudem noch desintegrativ verschärften Erscheinungen führte. Durch die Wohnungsnot in den Kleinstädten mit sprunghaft steigenden Mieten, Versorgungsschwierigkeiten bei Lebensmitteln und ebenfalls steil ansteigenden Lebenshaltungskosten u. v. a. wurden sie noch ergänzt und zugespitzt. Nicht nur der Industrialisierungsprozeß und das COP-Objekt, sondern auch die sozialen Nebenerscheinungen erinnerten sehr an das Tennessee-Valley-Project des Roosevelt'schen New Deal, das 1933 begonnen wurde.

Wäre man 1936 durch das Wissen, daß „bis zum Kriegsbeginn nur noch vier Jahre übrigblieben“, „in höchste Alarmbereitschaft versetzt“¹⁴⁹, von der Notwendigkeit einer einseitigen Steigerung der Wehrhaftigkeit seitens der Militärs ausgegangen, dann hätte es sich eher empfohlen, statt Geldmittel für die Rüstungsinvestitionen auszugeben, mit diesen Mitteln Waffen und Ausrüstung einzukaufen. Die Industrialisierungspläne banden Geldmittel, was sogar der Modernisierungsabsicht des eigenen Heeres in einer solchen Situation hätte abträglich sein müssen, rechnete man eben in einer so entschiedenen Weise mit der unmittelbaren Bedrohung seitens Deutschlands oder der Sowjetunion. Gerade die längerfristige Planung auch im wehrwirtschaftlichen Bereich zeigt aber, daß — wie es ja auch in Wirklichkeit war — die Bedrohung nicht als so akut angesehen wurde, wie es Hauner mit dem Wissen um den 1939 — früher, als polnischerseits überhaupt für möglich gehalten — erfolgten Angriff auf Polen für das Jahr 1936, den Anfang der gelenkten Industrialisierungsplanung, glaubt für die polnischen Militärs statuieren zu können.

Die Fragwürdigkeit der allein sicherheitsbestimmten, militär- und wehrwirtschaftlich orientierten Argumente für das COP-Projekt zeigen auch die funktional determinierten ökonomischen Überlegungen, wie sie von Alfons Ehlert, einem Schüler des Standorttheoretikers Predöhl, angestellt wurden, obwohl sie einerseits das Problem nicht ganz ausschöpfen und andererseits stellenweise eingeschränkt werden mußten.¹⁵⁰ Am Grundsätzlichen der Aussage können die Bedenken jedoch nichts ändern, sondern sie berichtigen sogar noch die gefundenen Relationen geringfügig zugunsten des COP.

lung zu erhalten“ („Nie pozwolić ani jednemu Żydowi zająć miejsca w COP“). Zu diesem Zweck entfaltete insbesondere ein „Verband zum Schutze der polnischen Industrie“ eine fragwürdige Tätigkeit. Auch wurden, ähnlich wie von jüdischen Kredithilfsskassen, von polnischen Banken spezielle niedrig verzinste oder auch zinslose Darlehen an polnische gewerbliche Investoren vergeben. Vgl. Drozdowski, *Polityka gospodarcza rządu polskiego 1936—1939*, S. 147 f.; Wirtschaftsarchiv des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel.

149) Hauner, S. 345.

150) Ehlert, S. 214 ff. — So berücksichtigt Ehlert z. B. nicht, daß die Weichsel keineswegs das ganze Jahr über schiffbar ist, was die Transportkostenstruktur zuungunsten der geplanten Regelung verschiebt.

Die neuen industriellen Standorte, besonders für die schwerindustriellen, staatlich geförderten Investitionen, waren bei allen politischen Implikationen, die ihnen anhafteten, ökonomisch gewählt, was übrigens schon die Art der militärischen Planung anzunehmen erlaubte. Die Planungen gingen davon aus, daß für die COP-Eisenproduktion einmal durch die Nutzung des auszubauenden Weichsel-Wasserweges für den Transport der einzuführenden Erze und des Eisenschrotts sowie der im COP-Gebiet transportgünstiger liegenden Rohstoffvorkommen, zum anderen durch die Anwendung neuer Technologien bei der Eisenschmelze, die den Einsatz von Koks durch die Verwendung des über Pipelines heranzuführenden Erdgases aus dem Karpatenvorland ersetzt hätten, ein reiner Transportkostenvorteil von 49 v. H. gegenüber den von der Eisenbahnlinie Oberschlesien-Gdingen abhängigen ostoberschlesischen Schwerindustriestandorten entstand — ganz abgesehen von den makroökonomischen Vorteilen der in Verbindung damit zusätzlich entstehenden Arbeitsplätze. Allein durch diese Transportkostensparnis, die nur auf der Grundlage der in die Produktion eingehenden Rohstoffe entstand, ergab sich für die Eisenprodukte des COP gegenüber jenen Ostoberschlesiens loco Hütte ein Versandungsvorteil von 230 km. Für den Absatz in Ostpolen ist er noch um die Entfernung Ostoberschlesien-COP zu erhöhen, was aber den Absatz um diese Entfernung nach Ostpolen — bei sich gleichbleibenden Preisen aus beiden Standorten — noch zusätzlich ausgeweitet und infolgedessen bis an die Ostgrenze Polens herangeführt hätte; gegenüber den bisherigen Preisen für Eisen und Eisenartikel in Ostpolen wäre es *ceteris paribus* eine nicht unerhebliche Senkung gewesen, die auch bei gleichgebliebenen, in Wirklichkeit aber im Laufe der Industrialisierung sich erhöhenden landwirtschaftlichen Einkommen die Nachfrage nach Eisen und Eisenwaren in Ostpolen noch erhöht, damit sowohl den Absatzmarkt als auch die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Gebiete verbessert und deren Industrialisierung genauso nicht unerheblich vorangetrieben hätte wie die materiell-kulturelle Reife ihrer Bevölkerung.

Zu diesen Vorteilen aus der Transportkostensubstitution kamen noch weitere, die in den Berechnungen Ehlerts unberücksichtigt blieben, wie aus der geringeren Lagerente im COP bei Neubauten, die tendenziell gleicherweise im Absatzradius zu Buche schlugen, auch wenn sie nicht konkret in Zahlen zu fassen sind. Ähnlich sind weitere Vorteile aus der unterschiedlichen Lohnhöhe (Gefälle zugunsten des COP um ca. 20 v. H.), die sich mit der Zeit aber zwangsläufig gemindert hätten und mit fortschreitender Industrialisierung wahrscheinlich gänzlich verschwunden wären, und aus den niedrigeren Industriewasserkosten zu veranschlagen, die andeuten, daß das COP ein für die Einleitung einer gelenkten Industrialisierung und Unifizierung Polens ökonomisch ausgewogener Standort war. Er hätte über bestimmte Verkehrslösungen, die im Gefolge der für ihn nötigen infrastrukturellen Erschließung geschaffen worden wären (Eisenerztransport für Ostoberschlesien auf der Weichsel bis Krakau und dann mit Eisenbahn- bzw. Binnenschiffskanaltransport weiter zum Produktionsstandort), zudem auch noch die Kostenstruktur der oberschlesi-

schen Eisenproduktion günstiger als bis dahin gestalten helfen. Zugleich wäre die Konkurrenzfähigkeit polnischer Eisen- und Stahlwaren in Südosteuropa gegenüber der Tschechoslowakei noch erheblich gesteigert worden, die bei höheren Arbeitskosten im mährisch-osterauischen Industriegebiet gegenüber dem polnischen Ostoberschlesien bisher schon nur künstlich zurückgedrängt werden konnte^{150a}, so daß durch den COP-Aufbau zu den innerpolnisch determinierten und von Ehlert nur andeutungsweise bezeichneten Vorteilen auch noch solche aus den zwischenstaatlichen Handelsbedingungen hinzugekommen wären.

Aber schon die von Ehlert zur Grundlage seiner standortökonomischen Betrachtungen gemachte kostenorientierte „Substitution [allein] der Transportwege und der für die Produktion benötigten Rohstoffe“ unterstreicht trotz ihrer makroökonomischen Unvollständigkeit die „ökonomische (zivile) Bedeutung der an der Weichsel [!] geplanten und bereits seit 1936 im Aufbau begriffenen Eisen- und Stahlindustrie“ zur Genüge.¹⁵¹

IV.

Alle innenpolitisch bezogenen, außenpolitisch reflektierten sozial- und wirtschaftspolitischen Überlegungen deuten auf eine Grundrichtung jeglichen politischen Handelns der Pilsudski-Nachfolger aus dem Legionärs-lager, gleich, zu welcher Fraktion sie gehörten: Sie strebten nach Mehrung von Ansehen und Macht für das von ihnen mitgeschaffene und mitgestaltete unabhängige Polen nach innen und außen, woran sich alle sozialen Klassen und nationalen Gruppen, die in diesem Staat zusammenlebten, zu beteiligen gehabt hätten. Angesichts der sozioökonomischen Zerrüttung und Heterogenität des Landes sowie seiner gesellschaftspolitischen Trostlosigkeit wurde dem innenpolitischen Gesundungs- und Reifungsprozeß

150a) Das Problem der polnisch-tschechoslowakischen Konkurrenz auf den Märkten Südosteuropas, das mit dem Einzug Polens auf den Markt für Kohle im Gefolge des deutsch-polnischen Zollkrieges und des englischen Bergarbeiterstreiks seit 1926 auftauchte (Vgl. Strobel, Von der Konfrontation zur Kooperation, S. 285 f.), beunruhigte die Tschechoslowakei nicht unerheblich. Bei geographisch und transportkostenmäßig annähernd gleichen Produktionsstandorten waren die polnischen Industrielöhne beträchtlich niedriger, so daß kostengünstiger produziert und auf den gleichen regionalen Märkten auch preisgünstiger hätte angeboten werden können. Zu diesen konkurrenzorientierten, aber auch in weiteren ökonomischen Gründen ist eine sehr wesentliche Ursache für den tschechischen Widerstand gegen die Aufnahme Polens in die Kleine Entente zu suchen, die nach dem Organisationspakt von 1933 eine handelspolitische, durch Meistbegünstigung und Senkung bzw. Aufhebung der inneren Zollgrenzen bei gleichzeitiger Verfestigung und Erhöhung der äußeren Zollgrenzen eindeutige Domäne der Tschechoslowakei hätte werden können, in die Polen sonst eingebrochen wäre und die wirtschaftlichen Interessen der Tschechoslowakei außerordentlich hart und wirksam bedrängt hätte. Ökonomische Überlegungen als außenpolitische Determinante für die Entwicklung der Kleinen Entente und für das polnisch-tschechische Verhältnis sollten stärker beachtet werden.

151) Ehlert, S. 227.

zu jeder Zeit allergrößte Bedeutung beigelegt, auch in wirtschaftspolitischen Überlegungen, selbst als rüstungspolitische, außenpolitisch determinierte Erwägungen seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zunehmende Bedeutung gewannen. Die militärpolitischen Modernisierungs- und Aufrüstungsplanungen wurden daher mit Rücksicht auf innenpolitisches Geschehen konzipiert und durchgeführt, sogar in einer Zeit sich verschärfender Konfrontation in Mitteleuropa. Erst angesichts unmittelbarer eigener Bedrohung seitens Deutschlands neigte man dazu, obwohl widerstrebend und keineswegs bis zur letzten Konsequenz, von den innenpolitischen Bezugsgrößen der militärpolitischen Überlegungen stärker abzurücken.

Der staatliche Solidarismus, wie man seine staatspolitische Haltung selber bezeichnete, bediente sich im wirtschaftlichen Bereich weder der Konzeptionen des Liberalismus noch des Kapitalismus oder Sozialismus. Er bemühte sich, einen eigenen, dem spezifischen Unterentwicklungsgrad des Landes angemessenen „mittleren Weg“ mit Hilfe staatlichen Interventionismus, Ausdehnung des staatskapitalistischen Anteils am Produktionswert auch mit Hilfe eines sukzessive zunehmenden Etatismus und von Ordnungsgedanken, die der italo-faschistischen Konzeption der korporativen Wirtschaft nahekamen, zu finden, um der „backward area“ Colin Clarkschen Verständnisses, was nach damals üblicher Klassifizierung Polen gewesen war, wirtschaftlich aufzuhelfen. Gerade die ins Auge gefaßten wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen, die im politischen Bereich auch außerhalb jener Bewegungen, die als faschistisch apostrophiert werden, Anhänger im Herrschafts- und Regierungsapparat besaßen, wurden auf eine sehr bezeichnende Weise propagiert. Sie seien eine Absage an das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Modell der Sowjetunion, das folgerichtig als eine mögliche Alternative zur eigenen ordnungspolitischen, nicht aber zur institutionsoziologischen und strukturellen Entwicklung empfunden wurde. So ergab es sich aber schließlich doch, daß eine ganze Reihe wichtiger innenpolitischer Merkmale, Entwicklungstendenzen und politischer Eigenarten sowie Bewegungen — ganz besonders nach Piłsudskis Tod — recht eng, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, mit dem italienischen Modell des Faschismus korrespondierte. Trotzdem kam es letzten Endes nicht mehr zu einer staatspolitisch bedeutsameren Annäherung von polnischem Herrschaftssystem und italienischem Faschismus, auch wenn aus allen diesen Gründen und auch aus der Eigenart der sozialen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Prozesse und Strukturen Polens eine Affinität zur faschistischen Herrschaft herausgebildet wurde.

Die wirtschaftspolitische Ausrichtung mitsamt der sich aus ihr ergebenden institutionsoziologischen und instrumentellen Führungsmethoden sowie die intentiellen Einsichten und Dispositionen für diese Methodik der Politik in Polen vor 1939, die den Zeitraum bis in die fünfziger Jahre einpflanzten, dürften wegen ihrer beträchtlichen führungs- und herrschaftsoziologischen Übereinstimmungen und wegen der systemsoziologischen Ähnlichkeiten auch für die Schnelligkeit der ordnungs- und strukturpolitischen Transformation des Landes nach 1945 von einiger

Bedeutung gewesen sein. Doch diese ausgangs nur resümierend angeschnittenen Probleme bedürften einer eigenen Untersuchung.

Summary

Poland's Industrialization in the Years Preceding World War II Between Internal and Defense Policy

Proceeding from the economic and social situation in Poland after 1918, sharpened by a series of internal and economic political phenomena during the 1920s and 1930s, the author emphasizes the interdependence of national unification and the socially determined process of industrialization. The dependency of industrialization on one-sided considerations of the military against the background of a re-arming Germany, as has recently been asserted, is — in this connection — questioned. What significance the military's economic considerations on armaments had for the internal development of the state, is also discussed by the author. He arrives at the conclusion that until the outbreak of World War II the development of armament industries was not given a particularly predominant role in the economic planning of the state that was, first of all, tuned to 'civil' economic and social aims. Understood as an example of the theory of location and economically explained, the Central Industrial District (COP), elsewhere interpreted as an economic investment of armaments in the strategic triangle of Vistula and San, is used as a means of demonstrating the pre-eminently economic ('civil') principle of the efforts of industrialization. By the aid of economically oriented considerations, the specific political weight of 'civil' conceptions in Poland's internal policy, rather considerably shaped, too, by the military at the end of the 1930s, is unfolded, but also even the functional and structural results on the national administration and national ideology of long-range economic planning by the state.